

DIE LINKE. PDS

tarantel Nr. 32

Vierteljahreszeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS

I/März 2006



Umweltkrise und
Kapitalismus

Ein grüner Baum
wächst nur auf rotem Grund

Wissen und Natur im Globalkapitalismus oder
Heutige Bedingungen für den Sozialismus

Inhaltsverzeichnis

Gegen Terminatorgene <i>Beschluss der 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS, Dresden 10/11.12.2005</i>	1
Schluss mit Nutzung von Castor-Transporten zur Wiederaufbereitung atomarer Brennstoffe <i>Wolfgang Methling</i>	2
Wie Retro ist die Wahlalternative <i>Heiko Balsmeyer</i>	2
Umweltkrise und Kapitalismus. Geld kann nicht schöner werden, nur mehr <i>Thies Gleiss</i>	3
Die Hochkonjunktur des Reformismus in der Um- weltbewegung. Umwelt, Umbau, umsonst <i>Thies Gleiss</i>	6
Diskussionsbeitrag von Götz Brandt auf der 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg <i>Götz Brandt</i>	10
Umwelt muss wieder links werden <i>Oliver Moldenhau</i>	13
Wissen und Natur im Globalkapitalismus oder Heutige Bedingungen für Sozialismus <i>Friedrich W. Sixel</i>	16
Die Erde ist dabei, ein tödliches Fieber zu bekom- men, das 100 000 Jahre dauern kann. <i>James Lovelock</i>	22
Energieeffizienz - aber wie? An die konzeptionel- len Vordenker der Umweltbewegung Friedrich W. Sixel 17 <i>Wolf von Fabock</i>	23
CDU/CSU im Dienst der Atomkonzerne? Linkspar- tei.PDS wird sich Atomrenaissance widersetzen <i>Marko Ferst</i>	24
Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Grund <i>Eva Bulling-Schröter</i>	26
Ein Jahr ökologischer Sozialisten. Jahresrückblick 2005 der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Bar- nim" <i>Christian Rehmer</i>	27
Schlüsseltexte wider die Wachstumsideologie <i>Marko Ferst</i>	29
Bücherecke	30

Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“

Uwe Witt „Erneuerbare Energien - Schlüssel
zukunftsfähiger Energieversorgung“



Das zweite Heft der
Schriftenreihe „Bei-
träge zur Umweltpol-
itik“ ist erschienen.
Es widmet sich dem
Komplex der erneu-
erbaren Energien
und kann von der
Webseite herunter-
geladen bzw. für 3 €
angefordert werden:

Editorial

Liebe LeserInnen, was steht an in der Platt-
form?

Kaum hat der 9. Parteitag seine 3. und letzte
Tagung im Dezember in Dresden beendet, da
beginnt auch schon die Vorbereitung des
10. Parteitages, der Ende April stattfinden wird.
Er wird die Situation nach Regierungsantritt
der Großen Koalition analysieren und die sich
daraus wie auch aus dem angelaufenen Fusi-
onsprozess zwischen der Linkspartei und der
WASG ergebenden Aufgaben beraten und
einen neuen Parteivorstand wählen.

Neuer Parteitag – neue Delegiertenwahl. Die
Ökologische Plattform hat ihre Delegierten ge-
wählt. Es sind:

Petra Beck
Tel. 030/56731082, pcbe@gmx.net
Carolin Steinmetzer
csteinmetzer@aol.com
Peter Engert
Tel. 03361/344351

Insbesondere wird die Fusion zu einer neuen
Linkspartei, gerade mal zweieinhalb Jahre,
nachdem der 8. Parteitag der PDS im Oktober
2003 ein neues Parteiprogramm beschlossen
hatte, erneut auch von uns programmatisches
Denken einfordern. (Ein erster Anstoß dafür
wurde mit dem Eckpunktepapier bereits gege-
ben.) Dafür ist diesmal die Phalanx der öko-
logisch Engagierten bereits stärker geworden.
Neben der Plattform gibt es wieder eine starke
Gruppe in der Bundestagsfraktion und auch
die Bundesarbeitsgruppe Umwelt, Energie,
Verkehr, die alle Kräfte noch besser bündeln
kann, als das die Plattform beim letzten Mal
vermochte. Darüber hinaus werden wir sicher
kräftige Unterstützung von unseren Freunden
aus der WASG erhalten. Wir können also, was
einen dicken grünen Faden in einem künftigen
Parteiprogramm betrifft, optimistisch sein.

(Fortsetzung auf S. 1)

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin
oekoplattform@pds-online.de
www.oekologische-plattform.de

Redaktion und Layout:
Manfred Wolf, Detlef Franek

Die Plattform ist der Meinung, dass der Zuzug an ökologischer Kraft und Kompetenz in der Linkspartei nun auch stärker öffentlichkeitswirksam gemacht werden muss. Da sich darum die Medien am allerwenigsten kümmern, wie auch auf allen anderen Politikfeldern unserer Partei, müssen wir uns schon selbst darum bemühen. Zur Zeit versucht die Plattform, das in zweierlei Richtung zu tun, und hofft dabei auf die Unterstützung des Parteivorstandes wie auch von Landesvorständen:

Zum einen haben wir 2005 damit begonnen, eine neue Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ herauszugeben. Die zwei Broschüren von 2005 - „Fragen und Antworten zur Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung“ von Sabine Voigt und „Erneuerbare Energien - Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung“ von Uwe Witt - liegen vor und können bestellt werden. Autoren-aufträge für die zwei Broschüren für 2006 sind erteilt. In dieser Reihe geht es darum, gewichtige Teilbereiche ökologischer Politik komplex und aus der Sicht demokratischer sozialistischer Politik darzustellen. Die Broschüren sollen sowohl Informations- als auch Schriften der politischen Auseinandersetzung mit der vornehmlich profitorientierten Industrielobby sein. Ein solches Projekt kann aber nur durchgeführt und nachhaltig wirksam werden, wenn es breite und umfassende Unterstützung bis hin zum Parteivorstand erfährt. Auch hier sind wir optimistisch.

Zum anderen hat der Koordinierungsrat der Plattform auf seiner Dezember-Zusammen-

kunft angeregt, einen bereits auf dem Workshop 2004 unterbreiteten Vorschlag zu befördern und dem Beispiel der Brandenburger GenossInnen folgend, auch in anderen Bundesländern unter der Trägerschaft des Landesvorstandes der Linkspartei, der Landesarbeitsgruppe und der Ökologischen Plattform ökologische Konferenzen durchzuführen. Auf diesen Konferenzen könnte einmal im Jahr die ganze ökologische Kraft der Partei und mit ihr Sympathisierender eingebracht werden. Sie könnten, wie die ökologischen Konferenzen der Landesparteiorganisation Brandenburg gezeigt haben, eine höhere öffentliche Ausstrahlung haben, als es die Workshops der Plattform mit ihren 50-±-Teilnehmern bisher vermochten. Unser Vorschlag und Angebot für dieses Jahr ging an die Landespartei in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Gedanke mit Interesse aufgenommen wurde.

Wir sind also ganz sicher, dass dieses Jahr noch viel und interessante Arbeit für uns bringen wird. Ein Bundestreffen der Plattform ist natürlich wie jedes Jahr geplant und zwar für den 10. und 11. Juni in Wernigerode. Bitte diesen Termin freihalten. Ob wie in den vergangenen Jahren ein Workshop durchgeführt wird, hängt vom Erfolg unserer Idee mit den Ökologischen Konferenzen ab.

Der Koordinierungsrat soll sich am 18.3., 9.6., 16.9. und 9.12. treffen.

Manfred Wolf

Gegen Terminator-Technologie

Beschluss der 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS, Dresden 10/11.12.2005 (Antragstellung Ökologische Plattform)

Der Parteitag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass transnationale Konzerne des agroindustriellen Komplexes, unterstützt von ihren entsprechenden Regierungen, insbesondere der US-amerikanischen und der kanadischen, mobil machen, um mit der Terminator-Technologie behandeltes Saatgut auf dem internationalen Agrarmarkt durchzusetzen.

Ein im Jahre 2000 durch die Vertragsstaaten der UNO-Konvention über Biologische Vielfalt beschlossenes De-facto-Moratorium für die Terminator-Technologie soll auf weiteren Fol-

gekonferenzen, so u. a. auf der 8. Konferenz der Vertragsstaaten vom 20. bis 31. März 2006 in Curitiba, Brasilien, torpediert und außer Kraft gesetzt werden.

Der Parteitag wendet sich entschieden gegen diese Machenschaften, die darauf gerichtet sind, Landwirte weltweit von internationalen Saatgutkonzernen abhängig zu machen. Er fordert von den entsprechenden nationalen und EU-Organen energisches Handeln für die Reinhaltung allen Saatgutes auf europäischen Feldern und von den Abgeordneten der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag und im Europaparlament, in diesem Sinne wirksam zu werden.

Durch die Analyse der Fehler von gestern lernen wir die Fehler von heute und von morgen vermeiden.

Wladimir Iljitsch Lenin

Schluss mit Nutzung von Castor-Transporten zur Wiederaufbereitung atomarer Brennstoffe

Wolfgang Methling

Anlässlich der derzeit laufenden Castor-Transporte erneuert der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Methling die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie. Er erklärt:

Castor-Transporte müssen vermieden werden. Dazu ist es erforderlich, Zwischenlager in der Nähe von Kernkraftwerken zu errichten und zu nutzen. Der Transport von Castorbehältern mit dem Ziel, Kernbrennstäbe wieder aufzuarbeiten, muss unterbleiben. Die Linkspartei.PDS lehnt die Wiederaufarbei-

tung atomarer Brennstoffe, wie sie zurzeit betrieben wird, ebenso ab wie die damit verbundenen Atommülltransporte. Die Einlagerung von hochradioaktivem Müll in Gorleben ist nach gegenwärtigem Erkenntnisstand nicht zu verantworten. Alternativen sind endlich zu prüfen. Wir brauchen in Deutschland und länderübergreifend eine zielgerichtete Diskussion unter Beachtung der Kriterien, die ein atomares Endlager erfüllen muss.

Die Linkspartei.PDS tritt seit langem für einen beschleunigten und konsequenten Ausstieg aus der Atomkraftnutzung und für eine Energiewende hin zur Versorgung aus regenerierbaren Energieträgern wie Sonne und Wind ein.

Wie Retro ist die Wahlalternative?

Heiko Balsmeyer
ND, 28. November 2005

Ökologen aus Linkspartei.PDS und WASG trafen am Wochenende in Berlin aufeinander.

Nach Debatten über den Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie sowie Versuchen der näheren Bestimmung eines Ökosozialismus widmete sich die Ökologische Plattform bei der Linkspartei am Wochenende in Berlin der globalen ökologischen Krise.

Das Fundament der Debatte legten die Kapitalismuskritiker Thies Gleiss aus dem Bundesvorstand der WASG und Winfried Wolf, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der PDS. Wolf betonte die Macht der globalen Konzerne an Hand der "Global 500"-Liste der umsatzstärksten Unternehmen in der Welt. Diese wird jährlich vom Wirtschaftsmagazin Forbes aufgestellt. Aufgelistet sind 500 Unternehmen, welche 45 Prozent des Weltsozialprodukts repräsentieren und fast 50 Millionen Menschen auf dem Globus beschäftigen. Die Konzernzentralen sind regional in der Triade, also den USA, Japan und in der EU, beheimatet. Für die Umweltfolgen wichtig ist, auf welchen Produkten die Profite dieser Konzerne beruhen. So resultiert der Umsatz von etwa 60 der 100 stärksten Industriekonzerne nach Wolfs Berechnungen aus Geschäften mit Öl, der Ölverarbeitung oder der Autoindustrie.

Abhängigkeit vom Öl steigt weiter

Diese weiter steigende Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom Öl wirft allerdings zunehmend

mehr Probleme auf. So ist Öl nicht unendlich verfügbar, und seine verbleibende Förderung wird sich auf den Nahen wie Mittleren Osten sowie das Kaspische Meer konzentrieren. Mit der zunehmenden Knappheit fossiler Ressourcen steigt die Konkurrenz um diese Rohstoffe und damit auch die Kriegsgefahr.

Thies Gleiss zeichnet im Bundesvorstand der WASG für den Bereich Ökologie verantwortlich. Er etikettierte die WASG selbstkritisch als „Retropartei“. Dort werde konventionelles Wachstum mit staatlicher Regulierung und Umverteilung gefordert. Für Gleiss kann es aber einen solchen ökologischen und sozialen Kapitalismus nicht geben. Dies begründete er mit den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise. So gebe es einen Widerspruch zwischen der Rationalität des Handelns Einzelner mit der Irrationalität des Gemeinwesens. Es sei für die Unternehmen einfach profitabel, Kosten zu externalisieren. Umweltzerstörung ist daher eine rationale Unternehmensstrategie zur Profiterhöhung. Die Umweltzerstörungen wurden durch die Umweltbewegung ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Die bürgerliche Klasse ist nach der Analyse von Gleiss dadurch wirklich herausgefordert worden. Die herrschende Klasse habe Angst davor bekommen, ihren Anspruch auf den Fortschrittsbegriff zu verlieren. Allerdings sei in Westeuropa unterdessen bereits eine sehr erfolgreiche Strategie zur Bearbeitung dieser Herausforderung gefunden worden. Durch die Gründung grüner Parteien wurde die Umweltbewegung domestiziert und der systemfeindliche Stachel gezogen.

Ökobewegungen längst vereinnahmt

Durch den Erfolg solcher Einbindungen haben die neuen sozialen Bewegungen, neben der Friedens und Frauen- auch die Umweltbewegung, die Arbeiterbewegung als neues revolutionäres Subjekt nicht abgelöst. Gleiss sieht daher die Notwendigkeit, die alten Strukturen der Arbeiterbewegung mit dem Thema der Umweltbewegung weiterzuentwickeln. Gleichzeitig hält er die Wiederbelebung einer Widerstandskultur für notwendig. Es fehle ein gesellschaftlich formuliertes Nein.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion standen die möglichen Handlungsmöglichkeiten. Dabei wurde erwartungsgemäß auch Kritik an der Führung der Linkspartei.PDS geübt. So unterstütze diese Widerstand zu wenig, überschätze das Potenzial parlamentarischer Politik und würde Harmoniemodellen anhängen,

statt die Widersprüche zu betonen. Der aus der PDS ausgetretene Winfried Wolf bestätigte dies aus seiner parlamentarischen Erfahrung. Die notwendige Verstärkung der Basisaktivitäten durch die Parlamentsfraktionen gebe es nicht. Er setze eher auf Graswurzelbewegungen.

Als Erfolg wird von den Umweltaktivisten die programmatische Festlegung der Linkspartei auf eine solare Vollversorgung mit erneuerbaren Energien gesehen. Eine konsequente Politik in diese Richtung könne revolutionäre Wirkungen entfalten. Nun müssen daraus für die unterschiedlichen politischen Ebenen die Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt und auch praktisch angegangen werden. Auch Thies Gleiss unterstrich die wichtige Rolle einer solchen Strategie: „Ohne erneuerbare Energien wird es keine menschliche Zukunft geben.“

Umweltkrise und Kapitalismus. Geld kann nicht schöner werden, nur mehr

Thies Gleiss

SOZ-Magazin 4(1988):12-19 (Auszug)

Thies Gleiss ist Mitglied des Bundesvorstandes der WASG. Er hatte neben Winfried Wolf ein Einführungsreferat auf dem Workshop der Ökologischen Plattform im November des vergangenen Jahres (siehe ND-Artikel oben). Beide Referate wurden frei gehalten. Wegen vollständigen Ausfalls der Aufnahmetechnik im Konferenzsaal konnte leider keine ausführliche Dokumentation erfolgen. Wir möchten aber trotzdem nicht versäumen, Thies Gleiss unseren Lesern etwas ausführlicher vorzustellen und nutzen dazu im Anschluss Auszüge aus zwei von seinen früheren Publikationen.

Die Redaktion

...

Die Menschen sind schuld

Der beschleunigte Marsch in die ökologische Katastrophe bringt eine Fülle von Erklärungs- und Lösungsvorschlägen hervor. Sie sind sozusagen Teil der Krise (und einige Politiker, Autoren, Verlage usw. leben nicht schlecht davon). Die bürgerliche Wissenschaft bevorzugt den „methodischen Individualismus“. Hier sollen nicht die biologischen Erklärungen diskutiert werden, wie sie zum Beispiel Konrad Lorenz oder H. von Ditfurth verbreiten, nach deren Auffassung die biologische, evolutionsbedingte Struktur des Menschen diesen grundsätzlich zum naturfeindlichen Handeln bringt. In dieser fatalistischen Grundhaltung steckt höchstens eine bedenkenswerte Anregung, wenn wir uns mit der „orthodoxen“ Vorstellung auseinandersetzen, eine klassenlose, sozialisti-

sche Gesellschaft mit gebrauchswertproduzierender, geplanter Ökonomie wäre automatisch eine mit den „Naturkreisläufen“ im Einklang befindliche „Kreislaufgesellschaft“. Diesen Einklang und diesen Automatismus wird es nicht geben. Die Formel aus einem Ökologie-Buch der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, „Im Sozialismus werden die Menschen die Herren (sic!) der Natur“, hat deshalb beinahe ähnlich fatalistischen Wert. Vielmehr ist zu jeder Zeit, in jeder Form der menschlichen Gesellschaft ein hohes Maß an „systemischer Intelligenz“ erforderlich, um die Herausforderungen der Natur und der gesellschaftlichen Produktion rational zu bestehen. Die Population von fünf oder noch mehr Milliarden Menschen wird in jedem Fall ein gravierendes in die Natur eingreifendes, gestaltendes und in diesem Sinne „störender“ Faktor sein. Ob jedoch die heutige Form der Gesellschaftsorganisation mit ihrer Zersplitterung in die Teilrationalitäten der Kapitale, der Nationalstaaten, der Märkte (die Ditfurth zum Beispiel als „konkurrenzloses Modell“ ansieht), die im Widerspruch zur Rationalität des Ganzen stehen, notwendig, unvergänglich oder änderbar ist, darum geht die Debatte.

Die dümmste, aber hartnäckigste „Erklärung“ für die Umweltkrise aus ökonomischer Ecke passt zur biologischen Misanthropie. Die „Verbraucher“ seien Schuld. Sie würden schließlich nach Autos, Plastikverpackungen, Einwegflaschen und allem, was es sonst noch so gibt, verlangen. Es gibt in diesem Verständnis deshalb die Schlussfolgerung,

die Umweltkrise durch Verbraucheränderung zu beheben. Kurt Biedenkopf, der sich gern „CDU-Vordenker“ nennen lässt, beteuert: „Marktwirtschaftlicher Umweltschutz bedeutet marktwirtschaftliche Neuorientierung von Kaufkraft zugunsten der Umwelt und zu Lasten bisher befriedigter Individualbedürfnisse“. Oder seine Parteikollegin Birgit Breuel wünscht sich „Mechanismen, mit denen die Bürger und die Unternehmen aus Eigeninteresse umweltfreundlich handeln.“

Der Versuch, die Individuen zum „öko-gerechten“ Verhalten zu formen, blüht am schönsten in den Reihen der engagierten UmweltschützerInnen. Es gibt mittlerweile einen endlosen Katalog darüber, was nicht getan, nicht gekauft, nicht gegessen und nicht angezogen werden darf. Jüngst fand in Berlin ein Kongress von „Öko-Wissenschaftlern“ über den „umweltgerechten Konsum“ statt. Sein Fazit war ernüchternd. Die Vermeidung der Umweltzerstörung durch individuellen Kraftakt der Verbraucher scheitert bereits im Ansatz. Die oberflächliche Erklärung dafür gab der Soziologe Helmut Wiesel: Der „ökologische Konsum bleibt ein Allgemeininteresse ohne Mobilisierungskraft“, „da alle potentiell Beteiligten in rationalen Überlegungen zu dem Schluss gelangen, ihr Beitrag sei entweder vergeblich oder überflüssig, ist das Ergebnis rationale Passivität.“ Wenn keiner mitmacht, braucht es der Einzelne auch nicht; wenn alle mitmachen, kann der Einzelne ruhig ausscheren. Das entspricht der gewollten oder ungewollten Karikatur vom Tempo 100 auf Autobahnen - eine Maßnahme, die nach jüngsten Schätzungen sofort 26 Millionen Tonnen weniger Emissionen pro Jahr ergäbe - die der selige Franz-Josef Strauß seinerzeit für die „Bild-Zeitung“ gab: „Ich habe Tempo 100 getestet“, frohlockte er, um dann von Hupen, Vogelzeigen und lebensgefährlichen Manövern der Mitfahrerinnen zu berichten.

Doch diese Erklärung des „ökologischen Konsums“ als Lernprozess mit tödlichem Ausgang ist nur oberflächlich. Dahinter steht die Tatsache, dass im Kapitalismus die Verbraucherinnen das letzte Glied der Kette im Produktionsprozess sind. Gleichzeitig sind sie als Arbeitskraft in die Teilrationalität der Kapitalverwertung einbezogen, entwickeln also ein Eigeninteresse an dem Erhalt „ihres“ Betriebes, auch wenn er die Umwelt beschädigt oder schädliche Produkte erzeugt. Neben diesen direkten Beziehungen sind im Kapitalismus die Bedürfnisse vollständig deformiert, oder wie Marx ausführte: „Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion, wird daher durch die Weise der Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft auch den Konsumenten.“ Die Entfremdung der Menschen von ihrer eigenen Arbeit und deren Produkten führt zu dem zynischen Verhältnis gegenüber der Natur und selbst gegenüber dem eigenen Körper. Der Ausstieg aus dem vom Kapital diktierten Konsum ist demnach genauso schwer individuell zu bewerkstelligen wie der indivi-

duelle Ausstieg aus der Produktion.

Die umfangreiche Produktkritik und die Aufklärung, sich umweltfreundlich zu verhalten, sind aber trotzdem nicht zu verdammern. Sie zeigen bescheiden an, was alles möglich wäre. Eine Bewältigung der Umweltkrise ist damit jedoch kaum zu erreichen.

Ökologische Marktwirtschaft

... Weil dies alles nicht ausreicht, gibt es in den Reihen der bürgerlichen Ökonomen noch eine Reihe weiterer Überlegungen. Sie sehen sich einerseits der zunehmenden Umweltzerstörung und andererseits dem Druck der Ökologiebewegung, die politische Maßnahmen fordert, ausgesetzt. Auflagen, Verbote, Grenzwerte passen jedoch nicht in die Marktphilosophie und widersprechen der aktuellen Offensive für eine breit angelegte „Deregulierung“. Ihre „Lösung“ besteht darin, die bisher „externalisierten“ Kosten, das bedeutet den gesamtgesellschaftlichen Schaden, der bisher von der „Allgemeinheit“ getragen wurde, zu „internalisieren“. Die natürlichen Ressourcen, Luft, Wasser, Boden usw. müssen einen Preis erhalten, müssen „in Wert gesetzt“ werden. Weil, so ihre Logik, die Natur „knapp“ geworden ist, muss sie in die ökonomische Kalkulation der Unternehmer mit einbezogen werden. Der Gedanke, den noch nicht in Form von Rohstoffen, Nahrungsmitteln usw. vermarkteten Rest der Natur in kleine käufliche Einheiten zu parzellieren, liegt zwar nahe, stößt jedoch auf Schwierigkeiten. Luft, Boden, Klima und dergleichen sind außerhalb des allgemeinen Marktaustausches. Wie sollen da „gerechte“ Preise entstehen? Künstliche, politisch festgelegte Preise sind aber prinzipiell umstritten und damit falsche Preise.

Deshalb werden „Verschmutzungsrechte“ gefordert (zum Beispiel vom erwähnten L. Wicke, oder dem Ökonomen Holger Bonus). Jedes Unternehmen kauft (oder, nach anderen Vorschlägen - erhält - kostenlos) Zertifikate, die zu einer bestimmten Menge von Schadstoffemissionen berechtigen. Die Zertifikate sind wie Aktien zu erwerben und weiterzuverkaufen. Die extremsten Theoretiker träumen von einer richtigen Umweltbörse und von Umweltmaklern. Der Staat müsse nur noch bestimmte Grenzwerte an höchstzulässigen Emissionen festlegen, die je nach dem Stand der Technik verändert oder stufenweise verschärft werden können. Den Rest regelt der Markt. Die stark verschmutzenden Unternehmen werden gezwungen, viele Zertifikate zu erwerben, um weiter produzieren zu

können. Die „fortschrittlichen“ Unternehmen können Zertifikate verkaufen (wobei natürlich auch Spekulation, Zurückhalten der Zertifikate und sonst allerlei Unfug möglich ist). Auf diese Weise entsteht ein Anreiz, technische Anlagen zu verbessern, Produktionen umzustellen oder einzuschränken. Damit der Einzelunternehmer flexibler wird, schlagen die berühmten „Fünf Weisen“ vor, ein „Glockenmodell“ einzuführen, das für jede regionale, zusammenhängende Gruppe von Unternehmen die Gesamtbelastung bei Vollbetrieb ermittelt und dann einen Grenzwert festlegt. Welches Unternehmen dann mittels Zertifikatskauf Dreck abgeben darf und welches nicht, ist im Einzelfall regelbar. Das Ergebnis ist die Vermarktung der Umweltverschmutzung. Ist die „Nachfrage“ nach Dreckausstoß groß, werden die Zertifikate teuer, ist sie gering, fallen die Preise. Unternehmen, die Zertifikate verkaufen, können Umweltschutzinvestitionen finanzieren. Wenn der politische Wille die Schadstoffe verstärkt reduzieren will, können die Mengen an Verschmutzung pro Zertifikat per Beschluss abgewertet werden.

Eine solche marktwirtschaftliche Regelung ist zunächst nichts als eine Verteilung der Umweltverschmutzung über einen Markt. Von Umweltsanierung oder -schutz kann keine Rede sein. Aber sie wird auch kaum so funktionieren, wie es auf dem Papier aussieht. Wie sollen zum Beispiel irreguläre Verhaltensweisen geahndet werden? Spekulation, Horten von Zertifikaten, damit keine Konkurrenz produzieren kann, internationale Aufkaufaktionen - die durchaus auch von Umweltschutz-Konzernen wie Greenpeace oder WWF erfolgen können, die bereits in der Realität Verschuldungstitel von abhängigen Ländern aufgekauft haben, mit der Bedingung, dafür Umweltschutzmaßnahmen zu verwirklichen - und vieles mehr ist denkbar. Da muss ein Umweltkartellamt her. Wie sollen die Schadstoffemissionen kontrolliert werden, auf welche Schadstoffe werden die Zertifikate bezogen, wie ist es mit kombinierten Wirkungen mehrerer Stoffe? Die Unternehmer müssten tun, was sie zur Zeit gegen die Forderung der Umweltbewegung energisch abzuwehren versuchen: eine genaue Emissions- und Schadensbuchführung, die auch einer Kontrolle durch öffentliche Organe zugänglich wäre.

Beinahe überflüssig festzustellen, dass das große Feld der Altlastensanierung von dieser Marktregelung ausgenommen bleibt und dass ökonomische Zeitregelungen und ökologische Zeiten hier auch nicht kompatibel sind. Jede auch nur mittelfristige Umweltreparatur und Produktionsumrüstung ist durch die Zertifikatswirtschaft nicht mehr vermittelbar.

Voraussetzung auch einer solchen Marktregelung bleibt aber die politische (künstliche) Festsetzung zulässiger Schadstoff-Höchstwerte. Dass die Kombination dieser Politik mit der Anarchie des Marktgeschehens zu weniger Regulierung, weniger Aufsicht

und Bürokratie führen soll, ist überhaupt nicht einzusehen.

...

Brunnenvergifter und Lebensmittelfälscher

Die legale Welt des Kapitalismus zerstört also grundsätzlich die Natur, und eine Selbstkorrektur ist ebensowenig zu erwarten wie eine die Umwelt rettende Wirkung durch Stimulierung einzelner Mechanismen der Marktwirtschaft. Bleibt zum Schluss ein kleiner Ausblick auf die kriminelle - nach bürgerlichem Recht - Seite der Medaille. Mehrere Marxistinnen (so E. Mandel in „Der Spätkapitalismus“) haben für den gegenwärtigen Kapitalismus eine grundsätzlich veränderte Haltung des Einzelkapitalisten oder Unternehmens gegenüber dem Staat festgestellt. Heute beschäftigt jedes mittlere Unternehmen einen Trupp von Spezialistinnen, der ausschließlich das Umgehen von staatlichen Auflagen, von Steuergesetzen und Vorschriften erkunden und sicherstellen soll. Dies gilt in der Umweltpolitik verstärkt. Im Bereich der Umweltsicherung und Schadensbegrenzung gibt es mittlerweile ein dichtes Netz von Verordnungen, Grenzwerten und EG-Vorschriften. Die sind vom ökologischen Standpunkt sicher mehr als unzureichend, vom Standpunkt des Unternehmens jedoch lästig. Deshalb wächst das Feld der Umweltverbrechen. Dabei taucht die schon von Marx angeprangerte Lebensmittelverfälschung auf (zuletzt waren die gepanschten Weine und das hormonangereicherte Fleisch in den Schlagzeilen) als auch illegale Abfallbeseitigung (einschließlich der weltweit operierenden Atommüll-Mafia), heimliche Einleitungen und Abgas-Abgaben. Die Bußgelder (maximal 100.000 DM) werden notfalls aus der Portokasse bezahlt. Jedoch werden über 80 Prozent der Umweltverbrecher nicht belangt, weil sie entweder nicht ermittelt werden oder sich rausreden können. Die Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung sind generell schwach. Wenn der frühere Umweltminister der Grünen, Fischer, beispielsweise beklagt, dass allein die entsprechende Abteilung beim Chemie-Konzern Hoechst um einiges größer ist, als „sein“ Umweltministerium, wird klar, wie die Machtverhältnisse aussehen. Es gibt keine Beweispflicht beim Umweltzerstörer, dass seine Produkte unschädlich sind, sondern umgekehrt müssen die Opfer beweisen, dass sie von einem konkreten Stoff aus einer konkreten Anlage geschädigt wurden.

Die Kombination von technischer Unzulänglichkeit, krimineller Auflagenverletzung und Arbeitshetze bei den Beschäftigten ist in fast allen Fällen die Ursache für Unfälle mit mehr oder weniger großen Auswirkungen auf die Umwelt. Für die Schäden muss auch hier die „Allgemeinheit“ aufkommen.

Die kriminellen Aspekte des Verhältnisses von Kapi-

talismus und Umwelt sind jedoch, wie allgemein auch, nur eine verkürzte, unverhüllte Illustration der generellen Zustände. Kapitalismus und eine Wiederherstellung der natürlichen Umwelt sind deshalb nicht vereinbar.

Die Hochkonjunktur des Reformismus in der Umweltbewegung. Umwelt, Umbau, umsonst

Thies Gleiss

SOZ-Magazin 4(1988):20-24 (Auszug)

Ein Blick in die Sortimente einschlägiger Buchhandlungen, ein Durchblättern diverser Zeitschriften genügt, um festzustellen, dass die politische Theorieproduktion von heute ein Lieblingsthema hat: die ökologische Krise. Nach und nach bemächtigen sich alle Sozialwissenschaften und all ihre methodischen Schulen dieser „drängendsten Frage“. Das Ergebnis drückt sich in einigen neuen Etiketten aus: Ökosozialismus, Ökologische Wirtschaftswissenschaften, Öko-Feminismus, politische Ökologie, ökologisch-industrieller Komplex, Öko-Keynesianismus und vieles mehr. Die letzten zehn Jahre haben der theoretischen Auseinandersetzung ein Umwelt-Outfit verpasst, dem sich keiner der großen Verlage (die mittlerweile alle ihre „ökologischen Buchreihen“ haben), keine/r der bekannten Professorinnen und AutorInnen-Riege und der politischen Organisationen entziehen kann. Die Rettung der Umwelt dient ebenso als Ort der Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit (siehe die diversen Beschäftigungsprogramme der Gewerkschaften, den Öko-Instituten, der Memorandum-Gruppe) wie auch für die „Fünf Weisen“ zur Lösung des Problems der sinkenden Profitrate des Kapitals (siehe den Rat der „Sachverständigen“ zum „Verzicht auf zusätzliches Realeinkommen zugunsten besserer Umwelt“).

Wenn auch die bürgerlichen Kräfte, CDU, FDP und deren zuarbeitender Stamm an IdeologInnen, emsig bemüht sind, ihre Lösungsvorschläge für die Umweltkrise zu popularisieren (siehe dazu die weiteren Artikel in diesem SoZ-Magazin), so ist doch offensichtlich, daß die Linken im weitesten Sinne die „gesellschaftskritischen“ Kräfte sind, die auf diesem Gebiet das Sagen haben. Oder, in zeitgemäßer Sprache: „die ökologische Kompetenz liegt im reformatorischen Block“.

Der objektive Hintergrund für die Hochkonjunktur der Ökologie in all ihren Aspekten ist natürlich die nicht wegzuleugnende Zerstörung der Natur einerseits und die mit den Massenmobi-

lisierungen Ende der 70er Jahre einsetzende große gesellschaftliche Protestbewegung dagegen andererseits. Dass es zu einer so gewaltigen Steigerung des Problembewusstseins kam, ist sicher der größte Erfolg der Umweltbewegung. Wenn seit fast zehn Jahren die Angst vor der ökologischen Katastrophe zusammen mit der Angst vor Krieg und Arbeitslosigkeit den Spitzenplatz bei allen Bevölkerungsumfragen einnimmt, so ist dies erstens nicht mehr ohne gravierende Verbesserungen der Lage rückgängig zu machen und zweitens zeigt sich darin eine erhebliche Radikalisierung des Bewusstseins, weil zum ersten Mal seit langer Zeit (eigentlich seit dem historischen Aufstieg der sozialistischen Bewegung zur Massenbewegung) die kollektive Entwicklungslogik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage gestellt wird. Angst vor der Krise bedeutet heute mehr als Furcht vor individuellem Pech und - reparierbarer - Systempanne. Für revolutionäre SozialistInnen muss diese Veränderung des Massenbewusstseins von großer Bedeutung sein. Die subjektive Voraussetzung einer revolutionären Umwälzung der gesamten Produktionsverhältnisse ist die Entstehung von revolutionärem Massenbewusstsein, was nichts anderes ist als die Erkenntnis der Totalität der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Die Ökologiebewegung hat Konturen von gesellschaftlichen Zusammenhängen erneut aufgedeckt, die nach den verheerenden Auswirkungen des Faschismus auf die Arbeiterbewegung und der stalinistischen Beleidigung der sozialistischen Utopie allenfalls einer klitzekleinen Minderheit geläufig waren.

All dies ist noch sehr bescheiden, die Radikalisierung ist noch sehr ambivalent, trotzdem ist es kein Wunder, dass sich die gesamte Linke darauf orientiert hat. Mit der Partei „Die Grünen“ wurde - was das Engagement der Linken darin betrifft - zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in der BRD der Versuch unternommen, linke Massenpolitik jenseits stalinistischen oder sozialdemokratischen Reformismus zu praktizieren. Immer noch unterstützen gut drei Millionen Wählerinnen diese Partei,

worin sich die bleibende Suche nach einer radikalen politischen Alternative ausdrückt, die auf die konkreten Bedürfnisse von heute eine Antwort findet. Doch wie ist es mit der Radikalität der grünen und aller artverwandten Politik von heute bestellt?

Von der Utopie zur...

Am Beginn des spektakulären Aufschwungs der Umweltbewegung standen reale Massenbewegungen, die sich einzelnen Aspekten der kapitalistischen Produktion verweigerten. Die Demonstrationen und Kämpfe gegen die Atomanlagen und andere Projekte gerieten zu den größten Aktionen in der BRD nach dem Weltkrieg und vor allem zu den in Form und Mittel radikalsten. Flächendeckend über die BRD entstanden unabhängige Aktionszusammenschlüsse, die den Begriff „Bürgerinitiativen“ so stark popularisierten, dass er als stehender Begriff in fremde Sprachen übernommen wurde. Und unter den Linken gab es eine ernstgemeinte Debatte, hier entstehe ein neues revolutionäres Subjekt. Von der „Blisierung“ der Gesellschaft war die Rede, die klassische Modelle der proletarischen Gegenmachtstrategie ablösen sollte. Die radikale Verweigerungsbewegung beeindruckte derart, dass die Kategorie der „neuen sozialen Bewegung“ das Licht der Welt erblickte. Natürlich war dies eine Reminiszenz an alte Theorien, zum Beispiel von Marcuse, der als Schlussfolgerung der von ihm diagnostizierten Eindimensionalität der Menschen, eine Verweigerungsbewegung der am wenigsten manipulierten gesellschaftlichen Randschichten forderte. Nur sollten es in diesem Fall nicht die noch unsensibilisierten Randschichten sein, sondern die am meisten von der ökologischen Bedrohung berührten „Bürger“. Die Theorie dieser Bewegung war dürftig, aber für die elementare Mobilisierung ausreichend: neben „Macht den Bauplatz wieder zur Wiese“ reichten die Parolen „Ein totales Umdenken ist nötig“ oder „Die Menschheitsfrage ist wichtiger als alles andere“.

Die Grenzen der Möglichkeiten solcher radikalen Verweigerungsbewegungen kamen spätestens mit den großen BRD-weiten Aktionen gegen die Atomanlagen in Brokdorf, Grohnde und Gorleben oder gegen die Startbahn West bei Frankfurt in Sicht. Die geballte Macht des bürgerlichen Staates wurde aufgefahren und die politischen und ideologischen Kräfte in den Parlamenten und anderswo begannen ihr Ritual der Kombination von Verdammung und Unterdrückung der Radikalität mit Integrationsbemühungen in Form von Ausstiegs- und

Nachdenkformeln, ohne das System generell in Frage zu stellen. Und eine zweite Grenze der Verweigerungsbewegung markierte sich mit der dringenden Notwendigkeit, den sogenannten „Sachzwängen“, den „Argumenten“ angeblicher Autoritäten eigene Inhalte und Forderungen entgegenzusetzen.

Eine solcherart begründete Krise der realen Bewegung ist immer die Stunde der Theoretikerinnen. Erstes Versuchsfeld war die Ausmalung der Forderung nach dem „totalen Umdenken“. Alte und neue Utopien wurden verbreitet, die am besten mit dem Begriff des „ökologischen Fundamentalismus“ zu bezeichnen sind. Der gewaltige Schinken von Lewis Mumford über den Mythos der Maschine, neue Theorien über den Industrialismus von Otto Ulrich, Joseph Huber, Rudolf Bahro, Ivan Illich und selbst die alten Outsideraufsätze von M. Bookchin, P. Feyerabend und viele andere fanden plötzlich Massenaufgaben. Utopien über die Auflösung des Gegensatzes von Mensch und Natur und zur Vordringlichkeit der „Gattungsfrage“ vor der „Klassenfrage“. Auf der „Sozialistischen Konferenz“ in Kassel 1980 standen Bahros Thesen dazu im Mittelpunkt, und die SozialistInnen hatten einen schweren Stand zwischen Anpassung und Verteidigung ihrer alten Positionen.

Heute verstauben diese Werke bereits wieder. Ihre vorantreibende Rolle auf die Umweltbewegung beschränkte sich auf nicht mehr als eine kleine Verbreiterung der Einsicht, dass das bestehende System nicht repariert, sondern umgekrempelt werden muss. Und wenn aktuell die Deutsche Kommunistische Partei in ihren Reihen erneut das Verhältnis von Gattungs- zur Klassenfrage diskutiert, dann ist auch dies ein Zeichen für das ewige Zuspätkommen der DKP. Die theoretischen Probleme der Umweltbewegung, die Frage, wie sie ihre Kraft weiter entwickeln und einbringen kann, sind längst von diesem Punkt weggekommen. Das Schicksal der in diesem Sinne tatsächlichen „Fundis“ innerhalb der „Grünen“ beweist dies ebenso wie das von dem so belesenen und brillant argumentierenden Rudolf Bahro. Würde der so vielzitierte Fernsehreporter Morawitz nicht den Skilanglauf, sondern den Theorielanglauf der Umweltbewegung kommentieren, so hieße es nicht „Wo ist Behle?“, sondern „Wo ist Bahro?“

Der mehr versprechende Diskussionsansatz, wie die noch kleine gesellschaftliche Gegenmacht der „Bürgerinitiativen“ ausgebaut werden könnte, wie Radikalität der Aktionsform und Eroberung weiterer gesellschaftlicher Bereiche (darin vor allem die organisierte Arbeiterbewegung) zusammengebracht werden könnte, dieser Ansatz wurde im Laufe der

Entwicklung der Umweltbewegung verschüttet. Der Hauptgrund dafür war die Entscheidung, ökologische Parlamentsparteien aufzubauen. Diese Idee, die Ende der siebziger Jahre von kleinen bürgerlichen Randkräften der Bewegung nach Wahlerfolgen französischer Ökologen aufgegriffen wurde, geriet zum Zugpferd, als sich auch die wichtigsten linken Strömungen und Kräfte entschlossen, sich daran zu beteiligen. Ausgerechnet auf der Ebene des abgehobenen Parlaments, der für die Bestimmung staatlicher Politik völlig überflüssigen Einrichtung, die nur den Schein einer demokratischen Willensbildung erzeugen soll, wollte die Bewegung ihre nächsten Schritte einer Ausweitung des Einflusses und der Zentralisierung ihrer Kräfte versuchen. Hatte speziell die Anti-AKW-Bewegung mehrfach die Erfahrung gemacht, dass parlamentarische Instanzen und Entscheidungen die zielstrebige Ausführung des „Atomprogramms“ weder behindern wollten noch konnten, so wurde sie jetzt unter maßgeblicher Initiative der linken, der aktivsten Kräfte auf eben diesen „Marsch durch die Institutionen“ geschickt.

Obwohl immer wieder betont wurde, dass es zu einem Doppelspiel des außerparlamentarischen Stand- mit dem parlamentarischen Spielbein kommen sollte, war das Gegenteil von Anfang an klar. Allein der schnell aufkommende Begriff der „Wahlbewegung“ (der seinerzeit besonders die Seiten des „Arbeiterkampf“ vom Kommunistischen Bund zierte) verdeutlichte, dass hier eine eigenständige politische Arena mit eigenständigen Konzepten und Kräften eröffnet wurde. Der Erfolg der neuen Partei „Die Grünen“ gab der pro-parlamentarischen Entscheidung scheinbar recht. In kürzester Zeit gelang es, eine in fast allen Parlamenten vertretene Partei aufzubauen, mit deren Einfluss zwei ganz wichtige Erfolge zu verbuchen waren:

Erstens wurde die oben erwähnte inhaltliche Schwäche der Umweltbewegung überwunden. Heute existiert im Umfeld der „Grünen“ ein dichtes Netz an Expertinnen, Einrichtungen, Wissenschaftlerinnen und Stiftungen, die zu nahezu jeder Frage, die Inkompetenz und Lückenhaftigkeit bürgerlicher Experten und Wissenschaft aufzeigen können. Beispielhaft ist dafür die Atomenergie. Wer die Erörterung der Einwände gegen das Atomkraftwerk Brokdorf Revue passieren lässt, wird das überhebliche Auftrumpfen der aufgefahrenen Wissenschaftler bemerken, die mit den Einwänden der „dummen“ Betroffenen ihre Witzchen machten. Wer damit, dreizehn Jahre später, den hilflosen Zynismus der „Experten“ bei der Anhörung der 850.000 Einwände gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf vergleicht,

den diese den immens sachkundigen Argumenten der Betroffenen entgegenbrachten, erhält eine Vorstellung von der Verschiebung der Fronten.

Zweitens gelang mit den Grünen die politische Zentralisierung der verschiedensten Aspekte der Umweltbewegung und der zeitgleich anwachsenden Friedensbewegung. Das „Jetzt wählen wir uns selber“, was am Anfang der Wahlinterventionen stand, prägte den raschen Anstieg der Wählerinnen-Zahlen auf die heutigen drei Millionen Stimmen. Dazu gehört das praktische Überwinden der jahrelang funktionierenden ideologischen Einbunkerung der Bürgerlichen durch die Fünf-Prozent-Klausel.

Doch was war der Preis für diese Erfolge? Er lässt sich durch die Stichworte „Ent-Radikalisierung“, „Verparlamentarisierung“, „Stellvertreterpolitik“ und „Reformismus“ kennzeichnen. Die Radikalität der „Verweigerungsbewegung“ wurde umgewandelt in eine beinahe fanatische „Wir machen mit“-Initiative. Mit wachsendem Aufwand wurde und wird sich der Kopf der Herrschenden zerbrochen, wie die gesellschaftliche Krise im Rahmen ihrer Logik überwunden werden kann. Dies in einer Weise, dass die „Grünen“ heute beklagen, „ihre“ Themen würden von den bürgerlichen Kräften „geklaut“. Die zahllosen Formen des unumstößlichen „Neinsagens“, die die Umweltbewegung auszeichneten, wurde durch eine Abfolge von Kongressen, Presseerklärungen und Entwürfen zu allen möglichen Themen ersetzt, die nichts hinterlassen als die Erkenntnis, dass sich vieles ändern muss. Dies aber in einer Weise, dabei „Verantwortung“ und „Mit-Macht“ zu besitzen. Als wichtigstes Betätigungsfeld werden dabei die verschiedenen Parlamente benutzt. Ein einflussloses Areal, das aber umso mehr Kräfte bindet. Heute sind einige tausend der 40.000 Grünen-Mitglieder ausschließlich parlamentarisch tätig. Alle anderen Formen der politischen Arbeit, insbesondere der Aufbau wirklicher Formen der Betroffenenorganisation, müssen darüber schon aus Kräftemangel vernachlässigt werden.

Die „Grünen“ betreiben „Stellvertreterpolitik“ im dreifachen Sinne: sie ersetzen die ehemals massenhafte Umweltbewegung durch parlamentarische Initiativen; sie spiegeln eine Macht und Machbarkeit ihrer Inhalte vor, die nicht annähernd der realen gesellschaftlichen Kraft entspricht; sie schufen eine Form der Organisation, die den darin Erfassten die alte Rechnung der Sozialdemokratie „die Mitglieder haben gar nichts, die Vorstände wenig, die Parlamentsfraktionen alles zu sagen“ in beschleunigter und heftigerer Weise aufzwingt.

Der Haupttrend der „Grünen“ - unabhängig von der Kritik daran aus den Reihen der Linken in

den Grünen - ist die Verfolgung eines reformistischen Politikkonzeptes, das die eben aufgezeigte Entwicklung konzeptionell vervollständigt. In diesem Sinne ist ihr „Umbauprogramm“ der konzeptionelle Abschluss ihrer Entwicklung. Es umschreibt das Bemühen, die kapitalistische Gesellschaft durch einen schönen Plan von finanziell abgesicherten Maßnahmen schrittweise aus ihrer Krise und zu einer harmonischeren Produktionsweise zu führen. Es ist die vollständige Verdrehung der ursprünglichen Radikalität der Umweltbewegung: statt Entwicklung von gesellschaftlicher Gegenmacht, die immer ihren Anfang in radikaler Verweigerung hat, wird eine Entwicklung der gesellschaftlichen Macht versprochen, die die Bedürfnisse aller einzulösen vorgibt. Wir bezeichnen dies deshalb als „konzeptionellen Abschluss“, weil die anfänglich in den Grünen existierenden Widersprüche (zwischen linken und rechten Kräften, zwischen Parlamentsarbeit und Basisarbeit usw.) damit zumindest auf theoretischer Ebene aufgehoben werden. Die Vorstellung, die Klassengesellschaft durch eine Form des Konsenses zwischen den Klassen aufzuheben, ist problemlos zu theoretisieren - die Sozialdemokratie kann da mit einigen Dutzend Programmen aufwarten. Jedes andere Politikkonzept, wenn es denn überhaupt noch eingebracht wird, hat in der grünen Partei einen schweren Stand und argumentiert nur noch defensiv, weil es prinzipiell eine logische Entwicklung der Grünen zurückschrauben oder überwinden will.

Der Reformismus der Grünen hat das Erscheinungsbild der Theorieproduktion der Umweltbewegung stark verändert. Heute werden zahllose angeblich durch ihre Konkretion überzeugende Aktionsprogramme, Sofortforderungen, Umbauvorschläge usw. veröffentlicht. Wir erinnern dabei zunächst an die letzte Flut solcher Texte: als die Sozialdemokratie in der Periode 1966-1972 Regierungsverantwortung (und übrigens auch 300.000 neue Parteimitglieder) erreichte, gab es eine ähnliche Inflation von Programmen und Vorschlägen . zu allen möglichen „Politikfeldern“. Die meisten von ihnen schmoren wohl in irgendwelchen Schreibtischen. Diese Programme mögen durch ihre Zahlen und Fakten bestechen, sie haben jedoch alle den Mangel, die gesellschaftlichen Oppositionskräfte nicht stärker zu machen (sondern im Gegenteil: sie absorbieren eine hohe Anzahl der Kräfte und desorientieren die übrigen). Wem nützt der zehnte konkrete Beweis, dass die Nordsee vergiftet und nur durch Sofortmaßnahmen zu retten ist? Wem dient der soundsovielte „konkrete“ Ausstiegsplan aus der Atomenergie? Diese Dinge nützen nur einer Sache: der nächste angeblich nur mögli-

che Schritt wird politisch aufgewertet, die Machbarkeit wird zur Macht erklärt, das Gesamtziel damit aber entwertet, oder, wie so schön für die Sozialdemokratie beschrieben, in den Bereich von Sonntagsreden delegiert.

Die sozialdemokratischen Reform-(laut Duden: Umbau)-Programme zeigen noch einige spezifische Eigenarten gegenüber den grünen auf. Sie sind stark von der Macht des Staates, die es zu instrumentalisieren gilt, fasziniert. Bei den Grünen ist dies noch immer ein Aspekt neben anderen, wie zum Beispiel Stärkung der Selbsthilfestrukturen und der sogenannten Alternativökonomie. Aber auch diese Unterschiede beginnen sich auszugleichen. Einerseits gerät heute jede kleine Pseudo-Krupp-Initiative in Harnesüd ganz schnell an die gleichen Grenzen wie die größere Anti-AKW-Bewegung: die Politik der Regierung und die Frage, wer soll Änderungen finanzieren, demgegenüber die „Grünen“ nur die „klassische“ Antwort geben: die Mehrheiten in den Parlamenten und den Regierungen müssen wechseln. Andererseits zwingt die Logik ihres eigenen Politikverständnisses die „Grünen“ in die gleiche Richtung. So sind dann Spekulationen über Regierungsbündnisse ungleich wichtiger als ihre papiernen Appelle an Selbstorganisation. Dies auch deshalb, weil die „Grünen“ selbst nicht die organisatorische Kraft aufbringen oder aufbauen wollen, solche Strukturen zu schaffen.

Es ist hier nicht der Ort, über eine engere Bilanz der „Grünen“ aus der Sicht der Linken zu sprechen. Obwohl es die Generation der 68er sicher schmerzen wird, den Verlust an gesellschaftlicher Perspektive, an Radikalität, Anti-Parlamentarismus und marxistischer Theorie mitzuerleben, sind sie immerhin bis ganz oben mit dabei. Doch wir belassen es hier mit einer „Bilanz“ eines Autors des „Arbeiterkampfes“: mit den „Grünen“ ist es gelungen, zum ersten Mal seit 1956 wieder kommunistische Abgeordnete in Länder- und das Bundesparlament zu bekommen. Nur: keiner hat es gemerkt.

...

Reform nicht gleich Reform

... Es ist hinlänglich bekannt, dass die objektiv zu lösenden Aufgaben zur Umweltsanierung eine große Anzahl Arbeitsplätze sichert und neu schafft. Allein die Eigentumsverhältnisse stehen deren Realisierung im Wege. Ohne Eingriffe in die Besitzverhältnisse bleibt deshalb jedes Beschäftigungsprogramm weitgehend nutzlos.

Die Vorstellung, die Sanierung der Umwelt ginge vonstatten, ohne den Unternehmern

„weh“ zu tun, ist irreführend. In diesem Sinne ist der Anspruch, ein möglichst „komplettes“ und „konkretes“ Reformprogramm anzubieten, das auch die Unternehmer „überzeugt“, falsch.

Ökologische Gegenmacht aufbauen

Das wichtigste Gebiet von Reformen wird von SPD gänzlich und von den „Grünen“ weitgehend übersehen. Es sind dies Forderungen, die die politische Macht der Umweltzerstörer schmälern und die Kraft der Ökologiebewegung stärken. Jede einzelne dieser Forderungen konfrontiert die Logik des Kapitals mit der Logik einer emanzipativen gesellschaftlichen Gegenbewegung. Dazu gehört ein Netz von Kontrollforderungen für die Beschäftigten in den Betrieben. Sie müssen befähigt werden, die Entscheidungen der Unternehmer zu erkennen und gegebenenfalls mit allen Mitteln des Kampfes zu verhindern. Dies setzt eine Verpflichtung der Unternehmer voraus, nicht nur ihre Geschäftsbücher uneingeschränkt zu öffnen, sondern auch eine genaue Buchführung über Produktion und Emissionen aller Stoffe, über Wasserverbrauch und -verschmutzung usw. anzulegen und zu veröffentlichen. Notwendig ist ein Veto-Recht sowohl für einzelne Beschäftigte als auch für Betriebsräte und Gewerkschaften bezüglich gesundheitsgefährdender und umweltgefährdender Produktionen oder Produktionsabläufe. Wir fordern eine Stärkung der Möglichkeiten der Umweltinitiativen. Das Recht der Kontrolle über Produktionen und Produkte muss auf sie ausgedehnt werden. Die unabhängigen Forschungs- und Untersuchungseinrichtungen

(Öko-Institute u. a.) müssen staatliche Gelder erhalten ohne ihre Unabhängigkeit zu reduzieren. Wir halten auch ein weit ausgelegtes Gesetz zur „Umweltverträglichkeitsprüfung“ mit Kontroll- und Veto-Rechten für Beschäftigte und Umweltschutzgruppen bei jedem (neuen und alten) Produkt und jeder Baumaßnahme für sinnvoll.

Sicher ist: in dem Maße, wie sich der Kampf um diese Rechte und Veränderungen der Machtverhältnisse entwickelt, umso mehr wird die Konkretion dieser „ökologischen Gegenmacht“ möglich sein. Ein solcher Kampf ist antikapitalistisch und erzeugt keine Illusionen in die Selbstreparatur des Systems. Es ist klar, dass er nur Erfolg haben wird, wenn er mit den Strukturen der Arbeiterbewegung verschmilzt und ein gemeinsames Ziel erklärt: die Macht des Kapitals zu brechen. Wir sind deshalb für eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und den Betrieben zum Thema Umwelt. Wir sind für eine entschädigungslose Verstaatlichung aller Betriebe, die sich Umweltauflagen widersetzen. Wir sind für einen Kampf, der das Selbstbewusstsein der abhängig Beschäftigten erhöht, ihre Macht steigert. Wir sind dafür, weil wir wissen, dass für den Bereich der Umweltzerstörung, die tief in das individuelle Konsum- und Lebensverhalten der Menschen reicht, das alte Wort von Marx seine Gültigkeit hat: „...dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“

Diskussionsbeitrag von Götz Brandt auf der 5. Ökologische Konferenz der PDS Brandenburg

Götz Brandt

Der folgende Beitrag, gehalten auf der 5. Ökologischen Konferenz der PDS Brandenburg in Möncheberg am 3. September 2005, ist einer von wenigen, der sich direkt auf die in Tarantel Nr. 29 veröffentlichten Thesen bezieht. Die gesamte Konferenz kann hier aus Platzgründen leider nicht dokumentiert werden. Die Reden und weitere Beiträge können aber digital bei der Plattform angefordert werden.

Die Redaktion.

In der Tarantel Nr. 29 sind die Thesen zu dieser Konferenz veröffentlicht worden. Sie gehen ausführlich auf die globalen Zusammenhänge und die Europa- und Deutschlandpolitik ein.

Da will ich nichts hinzufügen, das findet meine volle

Zustimmung.

Erwartet hatte ich jedoch mehr Bezug auf das Land Brandenburg mit Beispielen und konkreten Politikvorschlägen. Die Thesen fordern ja: „Es muss gehandelt werden, bevor es zu spät ist“ und in These 12 wird ein zukunftsfähiges Umsetzungskonzept: für Brandenburg gefordert. Dazu möchte ich einen Diskussionsbeitrag geben.

Zu These 1. Zum geforderten ökologischen Umbau

Was bedeutet ökologischer Umbau der Gesellschaft in Brandenburg? Welche Forderungen müsste die Linkspartei stellen? Zum

einen sollten die Lebensgewohnheiten der Bürger und zum anderen die Arbeitsweise der Unternehmen betrachtet werden.

Was muss z. B. der Bürger zur Energieeinsparung machen, damit seine Nachkommen überleben können?

Ein Drittel der verbrauchten Gesamtenergie entfällt in Deutschland auf die Raumwärme und 5 % auf Warmwasser, das sind zusammen 36 %, die sich auf fossile Brennstoffe stützen. Die Bürger auch unseres Landes müssen hier schrittweise ihre Lebensgewohnheiten umstellen. An erster Stelle stehen die Wärmedämmung der Gebäude und die Senkung des Gas- und Heizölverbrauchs.

Politikvorschlag: Wie in Israel gesetzlich vorgeschrieben, sollten auch in Brandenburg Neubauten grundsätzlich mit fotothermischen Anlagen ausgerüstet werden. Auch für Nachrüstungen bei Altbauten sollte der Bau solcher Anlagen durch staatliche Zuschüsse und Krediterleichterungen stimuliert werden. Das gleiche trifft auf die in den Thesen genannte Wärmedämmung der Gebäude zu. Zu diesem Problembereich sollte die PDS-Fraktion einen Gesetzesvorschlag einreichen und beharrlich durchsetzen, weil auf diesem Gebiet die größten Einsparungen mit wenig Aufwand zu erreichen sind.

Die Finanzierung für diesen Vorschlag sollte aus den Mitteln erfolgen, die bisher sinnlos für so genannte Leuchttürme ausgegeben wurden. Wenn man die Millionen Fördermittel, die unnötig in den Lausitzring, die Chipfabrik und den Cargolifter gesteckt wurden, zusammenzählt, dann kommen im Landeshaushalt die benötigten Mittel zusammen, die für den Ersatz von Heizöl und Erdgas notwendig sind.

Das bedeutet, man muss auch die Fördermittelpolitik des Landes kritisch betrachten. Warum müssen großen Firmen und Monopolen Steuermittel geschenkt werden? Diese Mittel können doch auch als Kapitalanteil des Landes in die Firmen eingebracht werden, zum Beispiel zur Anlaufunterstützung, unter Verzicht auf einige Jahre Gewinnausschüttung. Fördermittel für Großbetriebe sollten in Zeiten der Stagnation überhaupt nicht an Konzerne gegeben werden, sondern an kleine Firmen mit umweltfreundlichen Technologien.

Zu These 2. PDS-Programm

Diese These ist vom Standpunkt eines Ökologen zu positiv und zu unkritisch abgefasst. Das Parteiprogramm von 2003 hat auch ökologische Schattenseiten. Ich zitiere:

„Die PDS bejaht die Regulationspotenzen des Marktes, die allerdings durch private Monopolbildung deformiert und untergraben werden.“ Und weiter: „Unternehmertum und Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz.“ Wir befürworten also das Gewinnmachen. Und weiter: „Notwendig ist ein neuer Typ

des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts.“ Grundsätzlich sind wir also für Wirtschaftswachstum. „Die Stärkung der Markenkraft auf den Binnenmärkten ist ein Weg zu einer neuen Art von Vollbeschäftigung.“

Also zusammengefasst sagt das Programm: Höherer Rohstoffverbrauch, mehr Energieverbrauch, mehr Konsum, mehr Wachstum, mehr Profit.

Wie soll mit dieser programmatischen Zielstellung mehr Nachhaltigkeit geschaffen werden?

Dazu habe ich in den Thesen eine kritische Wertung vermisst.

Zu These 3. Klimawandel

Alle internationalen Konferenzen, Beschlüsse oder Selbstverpflichtungen zu den klimarelevanten Emissionen haben bisher keinen Erfolg gehabt. Das sind Alibi-Veranstaltungen, um die Welt zu beruhigen. Es gibt keine Verlangsamung des Emissionsausstoßes, sondern einen absoluten Anstieg des Energieverbrauchs. Das sind die Tatsachen. Die Erwärmung der Erde wird kommen, wenn der neoliberale Kapitalismus nicht abgeschafft wird. Klimaschutz ist zu teuer und schmälert den Profit. Diese Zusammenhänge hätte man in den Thesen deutlicher darstellen können.

Wir müssen fordern, dass Deutschland weltweit als Vorreiter und Vorbild bei der Umstellung auf erneuerbare Energien dasteht. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden, um bis 2050 100% auf erneuerbare Energie umzustellen. Das haben wir in der Tarantel Nr. 28 vorgerechnet.

Zu These 4. Anpassung an Klimawandel

Die Natur und damit der Klimawandel haben eigene Strategien, die menschlichen Einflüsse zu kompensieren. Diese Naturreaktion ist allerdings nicht menschenfreundlich. Siehe Hurrikan Katrina. Wir müssen also, wie es in den Thesen gefordert wird, eine Anpassungsstrategie entwickeln.

Für Brandenburg heißt das, in den nächsten Jahrzehnten werden wir weniger Niederschläge ($\frac{1}{3}$) und mehr Wärme haben. Die Landschaft versteppt. Wie das ausgeht, sehen wir zurzeit in Portugal, Südfrankreich und Griechenland. Der Süden Brandenburgs war schon immer ein Waldbrandschwerpunkt. Dort werden die Wälder zuerst abbrennen und Steppe oder Sandwüste entsteht. Der

Grundwasserspiegel wird weiter absinken und wir werden Probleme mit der Trinkwasserversorgung bekommen. Wie sollen wir uns da anpassen? Die Abwanderung vieler Brandenburger in den Westen ist aus dieser Sicht, wenn das auch makaber klingt, eher positiv zu sehen.

Zu These 5. Energiewende

Wie sollte in Brandenburg eine Energiewende aussehen? Da muss man sich zuallererst mit dem Vattenfall-Konzern auseinandersetzen und mit der Braunkohleverstromung. Braunkohle hat von allen fossilen Brennstoffen die höchste spezifische Kohlendioxid-Emissionen.

Was bietet Vattenfall an? Eine sog. Clean-coal-technology, bei der man das Kohlendioxid nach dem Verbrennungsvorgang auffangen und anschließend in Bergwerke versenken will.

Die in Deutschland vorhandenen verwendbaren unterirdischen Speicher sind in 7 Jahren gefüllt, wenn alle Kohlekraftwerke mit Abscheidern für Kohlendioxid ausgerüstet werden.

Diese Technologie würde die Investitionen für ein Kohlekraftwerk verdoppeln und damit auch den Preis des Stromes, der dann eben so hoch wäre wie Strom aus erneuerbarer Energie von Windkraft und Biogas. Da können wir doch gleich auf erneuerbare Energie umsteigen.

Damit ist klar, dass uns Vattenfall eine Scheinlösung vorgaukelt. Auch Wärmedämmmaßnahmen wären viel kostengünstiger.

Was muss von Vattenfall verlangt werden?

- Investitionen nur noch in erneuerbare Energien, wie Windparks off-shore und Fotovoltaikfelder mit mindestens 5 MW Kapazität, wie es Shell und BP in Sachsen in ausgekohlten Tagebauen vormachen. Für den Neubau von Kraftwerken mit fossil-nuklearen Brennstoffen darf es keine Standortgenehmigung mehr geben. Die vorhandenen Kraftwerke müssen nach Ablauf der Amortisationszeit geschlossen werden und dürfen nicht länger produzieren.
- Entflechtung des Konzerns in Stromerzeugung, Netzbetrieb und Stromhandel, wobei der Netzbetrieb in staatliche Hand gehört, weil er das Nadelöhr der Versorgung ist und kleineren Anbietern von erneuerbarem Strom den Zugang zum Netz gewährt, was bei der Monopolstellung des Vattenfall-Konzerns nicht gewährleistet ist.

Die Ökologische Plattform bei der PDS hat eine Empfehlung für die Basisorganisationen ausgearbeitet, die Ratschläge für die Einführung von erneuerbarer Energie geben. Sie liegt hier zum Mitnehmen aus.

Zu These 6. Verkehrswende

Die meisten Probleme auf diesem Gebiet müssen auf Bundesebene gelöst werden, wie das in den Thesen dargelegt ist. Aber wir könnten als Brandenburger genau das fordern, was die Schweizer realisiert haben: an der Grenze LKW auf die Bahn, Transport durch die Schweiz auf der Schiene. Wenn wir den täglichen Güterstrom auf der A 2 von und nach Polen auf die Bahn verlagern könnten, wäre das eine große Umwelttat.

Wir müssen uns deshalb gegen einen Börsengang der Bahn stellen, weil dann nicht nur der Güterverkehr von den Gleisen verschwindet, sondern auch ein Teil des dann unrentablen Personenverkehrs. Bei einer Privatisierung der Bahn wird der ÖPNV verschlechtert, wie es in England zu studieren ist, wo jetzt wieder zurückgerudert wird.

Wir können die Verkehrsströme auch durch unser Einkaufsverhalten beeinflussen. Müssen wir denn Kohlrüben aus Schottland, Spargel aus Peru, Äpfel aus Neuseeland, Birnen aus China usw. kaufen? Gleichwertige Ware wird in unserer Nähe produziert.

Umsteigen auf Autos ohne Emissionen. Eigentlich müssten wir sofort auf fossile Kraftstoffe verzichten und auf Pflanzenöl und erneuerbare Energien wie Gas und Strom umsteigen. Der Umstieg auf Elektroautos ist noch die beste Lösung für den Nahverkehr. Bei einem Verbrauch von 13 kWh/100 km (Citroen AX electric) und 10 000 km Fahrleistung im Jahr kann man sich seinen Strom fürs Auto auf dem Dach mit 10 m² Fotovoltaikanlage selbst erzeugen. Das könnte eine Lösung für Wenigfahrer und Kurzstreckenfahrer sein.

Zu These 7 und 8: Landwirtschaft und Wasser

Die Sofortmaßnahmen und Forderungen sind in diesen Thesen aufgezählt. Wenn wir aber 10 bis 20 Jahre weitersehen, dann wird sich unsere Kulturlandschaft völlig verändern und damit auch die Landwirtschaft. Das mediterrane Klima wandert jährlich etwa 15 bis 30 km nordwärts. Das Wasser wird knapp. Die Landwirtschaftsbetriebe müssen auf trockenresistente Pflanzen umstellen, z. B. auf Hirse. In 20 Jahren wird es nur noch wenig und teuren Stickstoffdünger geben, was ertragsbegrenzend wirkt. Für eine Tonne N-Dünger werden 11000 kWh gebraucht, um ihn aus der Luft zu gewinnen. Wir kommen zu einer extensiven Biolandwirtschaft. Wer

schon jetzt beginnt, sich umzustellen, der hat die Produktionserfahrungen.

Zu These 9. Bevölkerungswachstum

In dieser These wird die Welt- und Europapolitik angesprochen. Wie ist aber das Spannungsfeld in Brandenburg auf diesem Gebiet? Wir werden nicht mehr, sondern eher weniger Menschen. Nur im Speckgürtel wird weiter zersiedelt und versiegelt.

Landschaft wird zerstört und zerschnitten und in der Stadt werden Wohnblöcke abgerissen. Das ist eine Entwicklung, die nicht umweltgerecht ist. Was kann getan werden? Eigenheimzulage im Speckgürtel muss auf alle Fälle abgeschafft werden. Die geplanten Obergrenzen für die Bevölkerungsentwicklung müssen eingehalten werden und nicht, wie üblich, werden sie überall in den Vorortgemeinden überschritten.

Umwelt muss wieder links werden

Oliver Moldenhau

Auszug aus: Martin Khor/Sunita Narain/Lori Wallach/Manfred Max-Neef u. a.: Konsum. Globalisierung Umwelt (siehe Bücherecke)

In den letzten Jahren haben globalisierungskritische und anti-neoliberale Bewegung einen entscheidenden Bedeutungszuwachs erzielt. Bisher haben Umweltthemen allerdings in diesen Bewegungen nicht die ihnen zustehende Bedeutung. Um so wichtiger ist es, dass sich die Umweltbewegung Gedanken darüber macht, woran das liegt und wie sie darauf reagieren kann.

Aus der Sicht vieler AktivistInnen in der globalisierungskritischen Bewegung hat die Umweltbewegung keineswegs ein positives Image: Mit ihr wird Technokratie, Anpassung, Etablierung, mangelnde Radikalität und ein fehlendes Gespür für soziale Gerechtigkeit assoziiert. Die Umweltbewegung scheint heute nicht mehr geprägt von langhaarigen Protestlern vor Bauzäunen und in Schlauchbooten, sondern durch seriöse WissenschaftlerInnen, Ministerialbürokraten und hauptberufliche Politprofis in etablierten Verbänden, die mit ihrem BAT-Gehalt bei Manufaktum einkaufen und Hartz IV nur aus den Medien kennen.

Es hat wenig Sinn, darüber zu lamentieren, dass dieses Bild teilweise falsch, ungerecht und im Falle der sozialen Gerechtigkeit zumindest massiv überzogen ist. Vielmehr geht es darum, was die Umweltbewegung dafür tun kann, dass sich dieses Bild ändert und damit die Umweltthemen in der globalisierungskritischen Bewegung größeres Gewicht erlangen können.

Was die Umweltbewegung tun muss:

Ich sehe hier derzeit drei zentrale Herausforderungen für die Umweltbewegung:

1. Der Umgang damit, dass zentrale Begrifflichkeiten der Umweltbewegung durch den Wortschatz des Neoliberalismus diskreditiert worden sind
2. Die Verzahnung verschiedener Gerechtig-

keiten, etwa zwischen Nord und Süd, Generationen, Mensch und Natur, Mann und Frau

3. Neue Taktiken und Methoden zur politischen Durchsetzung ökologischer Anliegen nach dem Ende von Rot-Grün.

1. Begriffe und Bedeutungen

Zentrale Begriffe der Umweltbewegung haben sich neoliberale Institutionen zu eigen gemacht. Oft sind es diese Begriffe, gegen die Globalisierungskritiker vehement zu Felde ziehen. So kann das selbe Wort für Umweltschützer und Globalisierungskritiker vollkommen unterschiedliche Bedeutungen besitzen.

Verzicht und Sparsamkeit ... werden heutzutage vor allem von Neoliberalen gepredigt. Gemeint sind bei ihnen allerdings immer die Ärmern und die Allgemeinheit, so dass durch diese Art von Verzicht Ungerechtigkeiten immer weiter wachsen. Aus der Erkenntnis heraus, dass der neoliberale Verzicht meist unnötig und schädlich ist, entsteht eine Aversion gegen Verzicht und Einschränkung allgemein. So klingt die Forderung nach höheren Benzinspreisen oder nach selteneren Flügen ganz ähnlich wie die nach niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten. Das gilt unabhängig davon, ob der konkrete Verzicht ein Akt der Solidarität mit der Umwelt und dem globalen Süden oder ein Akt der "Solidarität" mit den Reichen und Mächtigen ist.

Marktwirtschaftliche Instrumente

Ein zentrales Problem der heutigen Gesellschaft ist die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche - bei der Reduktion von Bildung auf Ausbildung für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ebenso wie bei Einschränkungen im Gesundheitswesen. Aus dieser Perspektive kann man leicht zu dem Schluss kommen, die marktwirtschaftlichen Instrumente

der Umweltpolitik wie Steuern oder Zertifikate seien ebenso ablehnungswürdig. Die hier notwendige Differenzierung, dass die von der Umweltbewegung geforderten marktwirtschaftlichen Instrumente gerade nicht der privaten Ausbeutung, sondern dem Erhalt der gemeinsamen Umwelt dienen können, ist schwer vermittelbar. Das liegt auch daran, dass die realen negativen Verteilungswirkungen der ökologischen Steuerreform und die dadurch ausgelösten (deutlich größeren) Ängste und Befürchtungen nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Hier muss nachgearbeitet werden. Ein Konzept für eine ökologische Steuerreform kann nur dann in Umwelt- und Globalisierungsbewegung konsensfähig sein, wenn es die degressive Natur dieser Steuern vollständig ausgleicht.

Reformen und Modernisierung

Steuerreform, Rentenreform, Gesundheitsreform, Reformstau... - Alles Reformen der vergangenen Jahre, die im Sinne des neoliberalen Paradigmas angelegt sind. Ebenso wie der Begriff der Modernisierung ist Reform weitgehend neoliberal besetzt. Kein Wunder also, dass sich bei vielen AktivistInnen die Zehennägel kräuseln, wenn sie von ökologischer Steuerreform oder ökologischer Modernisierung hören.

Selbstverständlich werden diese Ansätze nicht allein dadurch falsch, dass sie in weiten Teilen der globalisierungskritischen Bewegung unpopulär sind. Aber die Umweltbewegung muss sich der Problematik bewusst sein und sich mehr Mühe geben, zu informieren und für ihre Konzepte zu werben. Vielleicht muss auch der eine oder andere Begriff auf den Prüfstand gestellt oder aufgegeben werden, weil er einfach zu negativ besetzt ist, so wie die Linke den Begriff des Sozialismus weitgehend verloren geben musste. Kandidaten für eine solche kritische Überprüfung wären Nachhaltigkeit oder Modernisierung.

2. Die soziale Frage und die Umweltbewegung

Es ist aus meiner Sicht sinnvoll, fünf Arten von Gerechtigkeit zu unterscheiden:

1. Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd;
2. Zwischen heutigen und zukünftigen Generationen;
3. Zwischen Mensch und Natur;
4. Zwischen den Geschlechtern;
5. "Soziale Gerechtigkeit" - also innerhalb einer Gruppe von Menschen gleichen Geschlechts, gleicher Nationalität und gleicher Generation.

Im Bundestagswahlkampf 2005 hat der Begriff der Gerechtigkeit erfreulicherweise u. a. durch die Vorarbeit von Attac eine massive Bedeutung erfahren, allerdings vor allem die "soziale Gerechtigkeit", wie sie in Punkt 5 definiert ist.

Der Gerechtigkeitsbegriff der Umweltbewegung geht sehr viel weiter und schließt die Interessen der zukünftigen Generationen und der Natur ebenso mit ein wie den globalen Süden. Dennoch wird "Gerechtigkeit" eher mit Attac assoziiert als mit der Umweltbewegung. Das hat auch damit zu tun, dass die Umweltbewegung die soziale Gerechtigkeit im eigenen Lande nicht ernst genug genommen hat: No green peace without social peace.

Leider kommt sowohl bei der Umweltbewegung als auch beim größten Teil der anti-neoliberalen Bewegung die Geschlechtergerechtigkeit insgesamt zu kurz.

3. Neue Taktiken und Methoden

In den Jahren der rot-grünen Regierung waren die Umweltverbände auf einer Gratwanderung zwischen Regierungsnähe und öffentlichem Protest. Einerseits hatte Protest politische Kosten, wollte man doch nicht ausgerechnet diejenigen schwächen, die sich noch am ehesten für Ökologie einsetzen. Andererseits litt die Massen-Mobilisierungsfähigkeit der Umweltbewegung unter Rot-Grün generell, da die hohe Glaubwürdigkeit der Grünen und die fehlende Umweltpolitik auf Seiten der Opposition vielen potenziellen AktivistInnen das Gefühl gab, es werde doch schon einiges getan.

Mit einer großen Koalition, Sigmar Gabriel als Umweltminister und fünf Fraktionen im Parlament wird sich der Berliner Diskurs deutlich ändern. Das Bundesumweltministerium wird auch bei weniger kritischen Ökos kaum mehr als Umweltvorreiter gelten können. Ähnlich ist die Situation in den Bundesländern, wo es inzwischen keine einzige grüne Umweltministerin mehr gibt. Damit steigt für die Umweltbewegung wieder die Möglichkeit, außerparlamentarisch massenhaft zu mobilisieren: Eine wichtige Herausforderung, die auch die Chance bringt, Umwelt- und anti-neoliberale Bewegung einander näher zu bringen.

Verbindende Konzepte:

Vor allem zwei Felder eignen sich für Umwelt-, globalisierungskritische und anti-neoliberale Bewegung, um gemeinsam an wirklich relevanten langfristigen Auseinandersetzungen zu arbeiten.

Konzernkritik

Die Enttäuschung vieler über die parlamentari-

sche Politik lässt mehr und mehr Leute fragen, welche Kräfte eigentlich die herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik so stark machen. Mit der zunehmenden Berichterstattung über die "Initiative neue soziale Marktwirtschaft" und mit der Diskussion über Film und Buch "The Corporation" wollen immer mehr Menschen wissen, welchen Einfluss große Konzerne auf Grundlinien unserer Politik haben. Und das mit gutem Grund, wenn man sich anschaut, wie weit diese direkt und indirekt Einfluss auf deutsche Gesetze, EU-Richtlinien und internationale Verträge nehmen. Dazu kommen Veränderungen etwa im Unternehmenssteuerrecht, die dem vorausseilenden Gehorsam der Politik geschuldet sind, der sich aus Angst vor Abwanderung der Steuerbasis ergibt. Außerdem ist der massive Einfluss großer Konzerne auf die Medien, sei es als Anzeigenkunden oder Eigentümer, nicht zu unterschätzen.

Jede noch so kleine Einschränkung oder zumindest Sichtbarmachung der Konzernmacht wäre ein wichtiger strategischer Erfolg, der die Durchsetzungschancen für Umwelt- und Sozialthemen deutlich verbessern kann. Für manche ist diese Herangehensweise allerdings schwierig, weil sie einen verschwörungstheoretischen oder auch linksradikalen Beiklang hat. "Zerschlagt die Konzerne" stand in den 80er Jahren auf jedem zweiten linksradikalen Flugblatt im Schreibmaschinenlayout. Hier müssen wir daran arbeiten, passende Begriffe und Formulierungen zu finden.

Inhaltlich ist es wichtig, dass die Umweltverbände sich noch deutlicher von der Idee abgrenzen, dass die sogenannte Corporate Social Responsibility hier wirklich etwas ändern kann. Dann gibt es hier die Chance, ein ebenso wichtiges wie verbindendes Thema zu entwickeln. Ein interessanter neuer Akteur in diesem Themenbereich ist übrigens auch die Initiative LobbyControl.

Das Konzept der Allmenden bzw. Gemeingüter

Die Auseinandersetzungen um Umwelt, Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und die Auseinandersetzung um die Freiheit zur Kooperation und zum freien Wissensaustausch haben eine wichtige gemeinsame Grundlage: Es geht jeweils darum, den Zugang auf ein Gut, das uns allen gehört, zu bewahren. Es geht damit um den Erhalt von Gemeineigentum oder Allmenden (engl. commons). Diese können ökologisch, wie die Atmosphäre oder die Meere, aber auch ökonomisch und sozial definiert sein, wie das soziale Kapital einer Gesellschaft oder eine funktionierende Infrastruktur. Immer

wichtiger wird auch der freie Zugang zu Wissensgütern, das heißt die Verteidigung der Wissensallmende. Aber auch weniger bekannte Allmenden wie das elektromagnetische Spektrum (Radio, Handy, WLAN) und der erdnahe Orbit fallen darunter.

In jedem dieser Fälle gilt es, die Interessen der Allgemeinheit gegen private monetäre Interessen zu verteidigen, sei es bei der Zerstörung unserer gemeinsamen Umwelt, bei der Zerschlagung des Sozialstaates oder bei der ständig zunehmenden Privatisierung und Einschließung von Wissen und Leben durch Patente und andere geistige Monopolrechte.

Fazit

Die beschriebenen Herausforderungen an die Umweltbewegung lassen sich nicht in diesem Beitrag lösen. Ich möchte dennoch versuchen, einige Vorschläge zu machen, wie die Anliegen der Umweltbewegung in der globalisierungskritischen Linken gestärkt werden können.

- Mehr Emotionalität und Radikalität
Die heutige Umweltbewegung wird vielfach als technokratisch und kleinschrittig wahrgenommen. Letztlich sind ihre Anliegen aber ausgesprochen radikal und umfassend und können zentrale Werte und Emotionen ansprechen. Genau das muss wieder deutlich werden, um frische AktivistInnen zu gewinnen.
- Grundsätzlichere (umwelt-)ökonomische Debatten
Angesichts fehlender Alternativen wenden sich viele linke AktivistInnen wieder vorrangig Marx und anderen Ökonomen zu, bei denen die Umwelt nur die Rolle eines nachrangigen Problems spielt. Dabei hat die Umweltbewegung Radikales, Visionäres und Intelligentes zu bieten, z. B. mit Konzepten der ökologischen Ökonomie.
- Anknüpfen an die Gemeinsamkeiten mit der wiedererstarkenden Linken
Hier bieten sich (wie oben beschrieben) insbesondere die Konzernkritik und die Auseinandersetzung um die verschiedenen Allmenden an.
- Abgrenzung vom neoliberalen Mainstream
So hilfreich es im Einzelfall sein mag: Eine Argumentation, die Ökologie ausschließlich mit Arbeitsplätzen, Modernität und Exportchancen begründet, führt zu einer Entfremdung zwischen "Anti-Neoliberalen" und "Ökos". Ökologie ist primär eine Frage der Gerechtigkeit und der Ethik, nicht der Mittelstandsförderung.
- Abgrenzung von Umweltkonzepten zum

Neoliberalismus

Die Nähe zu neoliberalen Konzepten hat manches zentrale Konzept der Umweltbewegung wie z. B. Sparsamkeit in Misskredit gebracht. Es ist wichtig, deutlich zu machen, wo die Unterschiede liegen, aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Bewegungen zu suchen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich unter den Linken die falsche kommunistische These des "unbegrenzten Wohlstands für alle" wieder durchsetzt.

- Radikale und attraktive Aktionsformen
Damit die Umweltbewegung tatsächlich wieder Bewegung sein kann, müssen unsere Aktionsformen über Pressemitteilungen, Studien und symbolische Profiaktionen hinausgehen.
- Ein weiterer, zentraler Punkt ist die Überwindung kultureller Unterschiede.
Der typische "Profi-Öko" ab Mitte 30 mit akademischer Ausbildung ist von jungen GlobalisierungskritikerInnen, deren Weltbild ihm vereinfacht erscheinen mag, oft

ebenso irritiert wie von MontagsdemonstrantInnen, langjährigen Gewerkschaftsfunktionären oder gar ehemaligen Sekretären von SED-Kreisleitungen. Doch für die Umweltbewegung ist es eine entscheidende Herausforderung, bei diesen linken Aktivisten jetzt die Ökologie als zentrales Gerechtigkeitsthema zu verankern. Meine Erfahrung sagt: Das ist oft anstrengend und manchmal frustrierend - aber ebenso lehrreich wie spannend und notwendig.

Dipl. Phys. Oliver Moldenhauer, Jahrgang 1970, hat - nach einigen Jahren als Wissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung - Attac mitgegründet und ist seitdem Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises. Inhaltlich ist er in den Attac-AGs Welthandel und Wissensallmende aktiv. Er hat an zahlreichen Protestaktionen teilgenommen (Castor, Genua, Evian etc.), war 1988-2002 Mitglied der Grünen und ist seit 1989 Mitglied des BUND.

Kontakt: moldenhauer@attac.de

Wissen und Natur im Globalkapitalismus oder Heutige Bedingungen für Sozialismus

Friedrich W. Sixel

Umweltprobleme sind seit Jahrzehnten Teil der öffentlichen Debatte. Aber obwohl sich an ihr alle möglichen Kreise beteiligen, z. B. Politiker, Vertreter der Industrie, Wissenschaftler, - seien sie berufen oder nur besorgt -, eine Lösung dieser Probleme ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, ihre Bedrohlichkeit wächst. Das lässt fragen, was an diesen Bemühungen verkehrt ist. Wenn man sie einmal Revue passieren lässt, zeigt sich, dass sie einem mehr oder weniger typischen Muster folgen. Sie setzen beim Produktionsaspekt unserer Wirtschaft an und beobachten, dass in ihm wissenschaftlich gesicherte Technologien benutzt werden, um immer mehr und immer wieder neue Produkte auf den Markt zu bringen. Die Produktion und der Konsum dieser Waren belastet die Umwelt, sowohl hinsichtlich der Rohstoffe wie der Abfälle. Dies wird als Gefahr wahrgenommen und führt zu dem Schluss, dass dem entgegen gewirkt werden muss. Bis zu diesem Punkt sind sich die Debattanten weitgehend einig. Aber wenn es um die Frage geht, was denn nun zu tun sei, gehen die Meinungen auseinander, und zwar zum Teil erheblich. Aber auch diesen divergierenden Meinungen sind Züge gemeinsam. Sie lassen sich leicht in zweierlei Hinsicht charakterisieren. Einerseits herrscht in der Umwelt-Debatte ein normativ-

repressiver Zug. Dieser scheint pluralistisch, erweist sich aber bei Licht besehen als vage und unbestimmt. Andererseits wird von den Umweltbesorgten durchgängig ein Aspekt aus der Debatte heraus gehalten: das heutige Wissen bzw. die Wissenschaft, die den in der Produktion angewandten Technologien zugrunde liegt. An wissenschaftlichen Grundlagen scheint man nicht rütteln zu wollen, wohl weil sie als unerschütterliche gelten. Jedenfalls ist mir, von verschwindend wenigen und entsprechend unbeachteten Ausnahmen abgesehen (1), nicht geläufig, dass man die Wissenschaften im Zusammenhang mit Umweltproblemen kritisch inspiziert hat.

Damit ist gesagt, dass den Umweltproblemen meist mit Überlegungen und Maßnahmen begegnet wird, die auf Schadensbegrenzung abzielen. Zu diesem Zweck sollten, so meint man, Gesetze und Verordnungen eingeführt und weltweit verbindliche Verträge abgeschlossen werden. Gruppierungen höchst unterschiedlicher Herkunft und Couleur wie politische Parteien (vor allem linke), kirchliche Organisationen, Bürgerinitiativen, wissenschaftliche Gremien oft interdisziplinärer Art, aber auch neuartige Formationen wie Attac und Weltforum versuchen, sich zu diesem Zweck Gehör zu verschaffen. Ihr Erfolg ist aufs Ganze gesehen durchaus bescheiden; die Probleme wachsen.

Dies hat nur vordergründig mit dem Pluralismus der sich hier Engagierenden zu tun. Gewiss, ihre propagierten Wertewelten sind divers, wenn sie auch hier und da überlappen. Sie reichen von „Verantwortung für spätere Generationen“, über „Solidarität weltweit“ bis hin zu „Liebe zur Natur“, letztere nicht selten noch als Schöpfung Gottes verstanden. Ehrenhaft mögen diese Werte und die mit ihnen einhergehenden ethischen Vorstellungen einst gewesen sein, aber Gültigkeit haben sie nur noch als Lippenbekenntnisse, still eingeräumt in nachdenklichen Mußestunden oder herausposaunt in den Appellen von Moralunternehmern. Verbindlichkeit in der Praxis von Industrie, Arbeit, Verbrauch und Vergnügen haben sie indes nicht. Dementsprechend ist es nicht der Pluralismus dieser Wert- und Weltanschauungen, der sie unverbindlich macht, vielmehr beschert ihnen dies der real existierende Zauber des täglichen Lebens. Dort entscheidet man sich immer wieder gegen hehre Ideale und zwar bei der wohl wichtigsten Form freier Abstimmung, die es gibt, nämlich der mit dem Geldschein. Mit ihm wird nicht nur für den Status quo gestimmt, sondern vor allem für „Wachstum“, für mehr von all dem, was man hat. Weh dem Politiker, der das verkennt.

Dass dies immer so weitergehe, ist offenbar Wunsch und Wille des Konsumenten, und dafür ist er bereit, zur Arbeit zu gehen. Und da des Arbeiters „Rechnung stimmt, wenn die des Chefs stimmt“ – nicht immer, aber meist –, werden Volumen und Profit des Kapitals weiter steigen. Mag auch die Umwelt auf die Dauer zuschanden gehen, aber „auf die Dauer sind wir ohnehin tot“.

Zu dem Versuch, gegen den vorherrschende Konsumwillen anzugehen gebracht es der herrschenden Demokratie an allem, was sie hat. Ein solcher Versuch wäre indes auch nicht zu Ende gedacht. Brächte man ihn auf den Weg, führte er zu einer sozialen Kontrolle, die nicht nur kostspielig wäre, sondern vor allen Dingen nur eine weitere Wachstumsindustrie produzierte: hinter jeden Polizisten gehörte ein solcher, der diesen kontrolliert.

Ich gebe zu: diese Überlegungen eröffnen dem Denken keine fröhlichen Aussichten, jedenfalls nicht dem herrschenden. Aber vielleicht ist ja gerade an dem herrschenden Denken etwas verkehrt. Damit möchte ich auf den Aspekt zu sprechen kommen, der, wie oben gesagt, in den Überlegungen der Umweltbesorgten meist ausgeklammert bleibt: das Denken und das Erkennen, so wie sie das heutige Wissen und die heutige Wissenschaft bestimmen.

Bevor ich ins Einzelne gehe, sei zunächst festgehalten, dass die heutigen Umweltprobleme nicht das Produkt unzutreffender Wissenschaft-

ten sind. Gleichzeitig aber zeigen diese Probleme an, dass an dem Zutreffen unserer Wissenschaften etwas verkehrt sein muss. Auf der Suche nach dem Grund dieses Verkehrtseins kann man bei einem weit verbreiteten Fehler ansetzen. Und zwar: wir werden mit all unserer Wissenschaft und Technologie niemals die Natur zerstören können, allenfalls uns selbst. Der Mensch ist längst aus der Natur verschwunden, bevor er sie zerstört hat, und zwar weil sie für ihn unbehausbar geworden sein wird. Diese Überlegung sollte uns daran erinnern, dass wir selbst Teil der Natur sind, und zwar ein höchst prekärer. Eine Naturwissenschaft, die in ihrem konkreten Vollzug nicht vom Menschen als integralem Teil der Natur ausgeht, hat somit einen zumindest beschränkten, wenn nicht falschen Begriff von Natur. Muss sie nicht mit all ihren technologischen Errungenschaften und zutreffenden wissenschaftlichen Aussagen irgendwie in die Irre gegangen sein? Wer dies indes demonstrieren will, steht vor einer schweren Aufgabe.

Das Gewicht dieser Aufgabe liegt vor allem in zwei Aspekten: 1.- Seit Jahrtausenden, mindestens seit Sokrates/Plato, hat die westliche Kultur auf den Primat des Geistes gesetzt, nicht auf den der Natur. 2.- Damit ist der Westen „gut gefahren“; seine, und keine andere, Tradition hat in die Globalisierung gemündet. Der Weg dorthin wurde geebnet durch bahnbrechende, wissenschaftsgegründete Fortschritte, die keiner leugnen kann (2). Damit taucht die Frage auf: Soll sich die Menschheit ausgerechnet jetzt von diesem Weg abwenden? Dafür mögen zwar die Umweltprobleme sprechen, aber es kann nicht so leicht gewusst werden, wie sich unsere Wissenschaften zu ändern haben, was das voraussetzt und was es nach sich zieht.

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass es in der Tat „ausgerechnet jetzt“ ist, also an diesem zufällig scheinenden Punkt der Weltgeschichte, dass eine noch nie da gewesene Gefahr konkret auftritt. Und zwar gilt es zu sehen, dass unsere Spezies kurz davor steht, unseren Erdball, wenn nicht gar für uns unbewohnbar zu machen, so ihn doch in einen miserablen Abfallhaufen zu verwandeln. Die Frage ist nicht mehr, ob das geschieht und wie bald, sondern die Frage ist, ob es dazu kommt, weil es in unserer Natur liegt. Mir scheint, es liegt in der Tat in unserer Natur und nirgendwo sonst; das Denken glaubt jetzt sogar, die Natur beherrschen zu können. Unser Denken ist damit in der Natur von seinem Platz verrückt worden, ja kennt ihn überhaupt nicht mehr.

Dieses Verrücktsein unserer Natur haben wir uns erworben. Als Krankheit war es früh inkubiert und hat über die Jahrhunderte hinweg viel

Leid gebracht, aber voll ausgebrochen ist sie erst mit der Heraufkunft des Industriekapitalismus. Seitdem hat sie sich verschlimmert und ist jetzt dabei, sich zu globalisieren. Bevor ich mich den heutigen Krankheitsphänomenen zuwende, möchte ich den Prozess ihrer Verschlimmerung in groben Zügen schildern, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Frage, was denn mit den geistigen Fähigkeiten des Menschen, also vor allem mit dem Wissen und der Wissenschaft, passiert ist.

Soweit ich sehe, hat Karl Marx als erster darauf hingewiesen, dass sich in der Evolution des Kapitalismus schon zu seiner Zeit die Wissenschaft zur Produktivkraft zu entwickeln begann. Er hat diesen Gedanken in den „Grundrissen“ von 1857/58 mehr angerührt als ausgeführt (3) und ist auch später meines Wissens darauf nicht ausführlich zurück gekommen. Knapp gefasst hat Marx beobachtet, dass in der großen Industrie, vor allem der USA, Wissenschaft nicht nur angewandt wurde, sondern dass dort der gesamte Wirtschaftsprozess von der Rohstoffbeschaffung über die Produktion bis zu Vermarktung und Konsum wissenschaftlich erfasst und strukturiert wurde. Dies vollzog sich in der Verwissenschaftlichung der Arbeitsstudien (Frederick Taylor), der Marktbeobachtung, des Steuer- und Finanzwesens bis hin zu der von Politik und Werbung. Ohne mathematisierte Informationen (Statistik) war ein großes Unternehmen nicht mehr zu leiten.

Diese Entwicklung muss im Zusammenhang mit zwei anderen gesehen werden, ohne die weder der aufkommende Instrumentalismus als neuartige Denk- und Wissensform verstanden werden kann, noch seine unaufhaltsame Durchsetzungskraft. Die eine ist der Rückzug der Eigentümer großer Konzerne aus der unmittelbaren Geschäftsführung (und die damit häufig sich ergebende Streuung des Aktienkapitals). Die andere ist die Verstärkung des Individualismus. Als Konsequenz der ersteren Entwicklung begannen „Executives“ die Geschäfte zu übernehmen. Sie bestimmten fortan Strategie und Taktik des unternehmerischen Vorgehens, mussten zwar den Aktienbesitzern Erfolge vorweisen, waren also am Wachstum (nichts anderes ist das Wesen des Kapitals) des Gesamtunternehmens interessiert, strebten aber vornehmlich ihren eigenen individuellen bzw. egofokalen Erfolg an. Dazu „hielten sie den Betrieb aufrecht“. Soziale Distanz zu Mitarbeitern, Arbeitern und Aktionären war unvermeidlich und wurde auch nicht gesucht. Die Größe der Unternehmen ließ anderes kaum zu.

Die diversen Geschäftsfelder und die vielfältig verzweigten Abteilungen eines großen Konzerns, die Fülle des in jedem von ihnen zu be-

achtenden Datenmaterials, aber auch die der Informationen über die geschäftlich wichtige politisch-gesellschaftlich-kulturelle Umwelt der Firma verlangten die Fähigkeit abstrahierenden und vereinfachenden Denkens. Der hauptsächlichste Wert dieses Denkens lag nicht in seiner Richtigkeit, sondern in seinem Erfolg. Die an alles gerichtete und alles entscheidende Frage war von da an: Wozu ist das gut? Darin liegt der Ursprung des Instrumentalismus. Er ist eine Wissens- und Denkform, für den es keinen Endzweck mehr gibt. Es gibt nur noch Mittel zum Erwerb weiterer Mittel. Offensichtlich wurde das Denken so zu einer neuen Form von Kapital.

Dieser Instrumentalismus als Denk- und Erkennensweise drängte unweigerlich, und zwar in den USA spätestens seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in alle Sphären des Lebens ein. Dies erklärt, dass seine Connaisseurs schon bald im 20. Jahrhundert zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und gar Religion vagabundierend wechseln konnten. Dieses Denken sei hier an der Rolle des Naturwissenschaftlers ein wenig illustriert, obwohl Juristen, Finanz- oder Steuerexperten sich noch besser als Beispiele hierzu eignen würden. Die Rolle des Naturwissenschaftlers macht es aber leichter, auf die Frage des Zutreffens bzw. des Wahren von Aussagen, also auf deren Verhältnis zur Natur der Dinge, einzugehen.

Ein Naturwissenschaftler, dem es wie allen anderen nur noch um sein Fortkommen geht, wird nicht in erster Linie das erforschen, was ihn spontan interessiert, sondern das, was er „verkaufen“ kann, d. h. wofür ein Wissensmarkt besteht. Hier kann der Unterschied zwischen Universitäts- und Unternehmensforschung getrost vernachlässigt werden. Dabei bleibt für den Forscher uninteressant, ob er das Wissen über die Natur durch sein Forschen wie einst gesamtheitlich erweitert oder ob dies nur zu einem mehr oder weniger zufälligen Erweitern von Naturkenntnissen führt. Selbst die Anwendbarkeit seiner Forschung ist nicht von erstrangiger Bedeutung für ihn. Wenn ihm gesagt oder sonstwie klar wird, dass eine bestimmte Untersuchung gewünscht wird, er und sein Tun also „gefragt“ sind, wenn er also dafür Forschungsmittel für sich und sein Fortkommen sichern kann, wird er die Untersuchung machen. Die einzige Alternative für ihn wäre, wie in anderen Jobs bei ähnlicher Weigerung, der „Ausstieg“.

Darüber hinaus wurde in den Wissenschaften ein Umstand von Bedeutung, der zumal in der jüngeren Wissenschaftstradition als fraglos hingenommen wird: die Rolle hoch komplizierter Geräte. Diese Geräte haben längst die direkte sinnliche Beobachtung in der Forschung

verdrängt. Das Schauen ist ersetzt durch die kaum noch sinnlich zu nennende Ablesung von Messwerten. Ohne dem hier wissenschaftstheoretisch angemessen nachgehen zu können (4), sei darauf hingewiesen, dass moderne Forschungsergebnisse zunächst nur für diese Geräte Gültigkeit haben. Die Frage, ob sie, und wenn ja, auf welche Weise sie auch Gültigkeit haben für den Menschen und seine Sinne, wird praktisch nicht gestellt. Mit anderen Worten: die menschliche Natur spielt weder als Bedingung im instrumentalistischen Erforschen der Natur eine unmittelbare Rolle, noch werden die Konsequenzen dieser Forschungsweise für die menschliche Natur im Forschungsprozess selbst bedacht. Nur jenseits des naturwissenschaftlichen Forschungsprozesses selbst wird die Anwendung dieser Art von Naturwissenschaft als Quelle von Gefahren in Betracht gezogen. Dann aber bleibt in der Tat nichts anderes mehr übrig als der Versuch, deren missliche Konsequenzen durch normative Maßnahmen einzudämmen. Die Problematik derartiger Versuche ist oben kurz herausgestellt worden und soll auch jetzt nicht weiter diskutiert werden.

Ein weiterer Aspekt im Erkenntnisinteresse heutiger Naturwissenschaft ist dem gerade behandelten eng verwandt, aber nicht mit ihm identisch. Wie wir sahen, wird dieses Erkenntnisinteresse durch individuell-egofokale Nützlichkeit aktiviert; es ist nicht unmittelbar spontan. Damit ist gesagt, dass nicht nur der durch Geräte vermittelte Bezug zur äußeren Natur der unmittelbaren Sinnlichkeit entbehrt, sondern dass auch der Bezug zur inneren Natur, das heißt, zur Willensstruktur des Menschen, nicht direkt ist. Bloßer Nutzen, geschieden von der unmittelbaren Lust am Kennenlernen, treibt heutzutage zum Forschen an. Die Frage, ob die Art von Befriedigung, die mit einer solchen Hintansetzung von sinnlicher Lust einher geht, unproblematisch ist, wird uns gleich zu beschäftigen haben.

All dies bedeutet indes nicht, dass die Forschungsergebnisse der derzeitigen Naturwissenschaften unzutreffend seien. Von bewusst erlogenen oder einfach irrigen Ergebnissen sehen wir einmal ab, obwohl sie sehr wohl instrumental sein können. Aber da weder die zutreffenden Aussagen heutiger Forschung aus der inneren Sinnlichkeit des Menschen direkt entspringen noch durch direkte sinnliche Wahrnehmung der Außenwelt gewonnen sind, darf gefragt werden, ob sie der Natur im Menschen und um ihn herum gerecht werden. Vielleicht lässt sich die Wahrheit des Wissens, die das bloß Zutreffende übersteigt, nur noch in der Einheit der Natur gründen (5). Und dies nicht nur generell in der zwischen Natur und

Mensch, sondern auch spezifisch in der zwischen dem Erkennen als einem Tun und der Natur als Objekt dieses Tuns. Das aber verlangt, wie ich bald skizzieren werde, das Erkennen selbst, wie das Wissen und das Denken, kurz gesagt, die Geistigkeit des Menschen als Natur zu verstehen.

Wenn wir jetzt über das Beispiel der Naturwissenschaften hinausgehen, dann lässt sich leicht einsehen, dass Denk- und Forschungsergebnisse in anderen, den sogenannten „weichen“ Wissensgebieten noch viel eher mit Blick auf egofokalen Gewinn, sei es an Geld, Einfluss oder Macht, erstellt und eingesetzt werden können. Was lässt sich nicht alles in den Sozial- und Geisteswissenschaften „beweisen“? Was lässt sich nicht alles in Politik und Wirtschaft als „das Richtige verkaufen“? Dazu bedarf es lediglich der Einübung in instrumentalistische Behändigkeit.

Für das egofokale Fortkommen desjenigen, der instrumentalistische Behändigkeit virtuos beherrscht, ist es gleichgültig, ob er sich auf Politik, auf Wissenschaft, auf das Erziehungsgeschäft oder das der Religion kapriziert; oben angekommen kann er flink von Job zu Job wechseln. In die neue Elite rekrutiert sich, wer mit Perfektion praktiziert, dass alles nur Mittel ist, um andere Mittel mit ihm zu erreichen. Erreichtes nicht wieder Gewinn bringend einzusetzen, bedeutet Stagnation. Das heißt allerdings nicht, dass jeder gleich geübt ist im Geschäft der Moderne. Etliche „schaffen es nicht“ und bleiben unten. Aber auch letztere kennen die Regeln des Spiels und versuchen, ihre Gewinne zu machen (4, Luhmann: Instrumentalismus/Anpassungsrationalität). Dieser aber besteht längst nicht mehr nur aus monetärem Profit, vielmehr geht es darum, jedes, auf das wir Hand legen können, in „Kapital“ zu verwandeln. Nichts sonst hat Wert. Dies könnte man sehr wohl Totalkapitalismus nennen, und es ist leicht einzusehen, dass er nur tut, was er seinem Wesen nach tun muss, nämlich sich globalisieren.

Hier kommt uns Bildungsbeflissenen die antike Figur des Midas in den Sinn. Ihm verwandelte sich unter den Händen alles in Gold, in das Mittel par excellence. In dieser Gestalt inkarniert sich der Instrumentalismus, –aber auch sein Problem. In einer Welt bloßer Mittel ist Befriedigung nicht mehr zu haben. Midas konnte weder essen noch hätte er jemanden zu lieben vermocht. Er blieb allein, bis zur Totale hin individualistisch wie der Instrumentalismus es verlangt. So bleibt man in der Moderne auf ewig unbefriedigt, hat immer „Hunger“. Nichts ist in diesem Weltgetriebe noch wirklich nahrhaft. Dieses Leben einer sich stets prolongierenden Bedürftigkeit ist auf Wachstum programmiert.

Deswegen erfasst der Instrumentalismus jeden und alles. Er braucht immer neues und davon immer mehr. Spätestens jetzt wird deutlich, dass der Begriff Umweltprobleme falsch ist und noch dem verrückten Denken entstammt, das Mensch und Natur trennt. Besser schreiben wir „Umwelt“-Probleme und üben uns damit in der Klarheit darüber, dass an ihre Lösung erst gedacht werden kann, wenn sie als Probleme des Menschen und nicht der Umwelt erkannt sind. Das aber heißt auch, dass selbst diese Probleme erst angemessen erkannt sind, wenn sie auf der Grundlage der eigenen sinnlichen Natur erlebt werden. Nur in dieser Anerkennung des Denkens als einem Prozess der Natur kann der Mensch die Natur der Dinge wahrhaft erkennen. Erst dann ist der Mensch nicht mehr das, was die Natur selbst nie sein kann, nämlich verrückt.

An dieser Stelle sollten wir uns an Einsichten der heutigen Hirnforschung erinnern (6). Durch sie ist heute wissbar, dass Gedanken nur in den Augenblicken existieren, in denen sie gedacht werden. Musikstück und Gedicht, mathematischer Zusammenhang und naturwissenschaftliche Erkenntnis haben Sein nur, wenn sie „getan“ werden. Sonst bleiben sie Druckerschwärze auf Papier, Konfigurationen im Computer, Kerben im Holz oder was immer. Die Frage, ob Gedanken ein Sein haben, auch wenn sie nicht gedacht werden, ist absurd und führt in Horizonte, in denen der Mensch seiner Natur nach kein Zuhause hat (7). Auch von dieser philosophischen Interpretation, hier der menschlichen Geistigkeit, muss gesagt werden, dass sie nur gilt, wo sie in der Wirklichkeit „getan“ wird. Insofern kommt es auch jetzt darauf an, es nicht beim bloßen Interpretieren der Welt zu belassen, sondern sie zu verändern. Jetzt aber hat diese Veränderung der Welt mit der Veränderung des Menschen und seiner verrückten Natur zu beginnen, und zwar dort, wo das Problem materialiter liegt, nämlich in seinem Denken. Was nach der Lösung dieses Problems zu geschehen hat, wird sich dann zeigen, aber keinesfalls vorher.

Ich hoffe, es ist jetzt plausibel, dass das Zurückrücken der Natur im Menschen einschließlich seines ihm von der Natur zugewachsenen Erkenntnisvermögens Konsequenzen hat, die weit über das Vorstellungsvermögen des jetzt herrschenden Denkens hinausgehen. Auf keinen Fall werden sich diese Konsequenzen auf die jetzige Naturwissenschaft (und Technologie) begrenzen, sondern auch ihren Rahmen sprengen. Sie werden das gesamte jetzt gültige Mensch-Natur-Verhältnis grundlegend verändern und selbstverständlich das Mensch-Mensch-Verhältnis einschließen. Ist letzteres doch die höchste Form, in der Na-

tur sich selbst begegnen kann.

Dies hat wiederum kein anderer mit so großer Gewissheit wie Karl Marx gesehen, und zwar vor mehr als 160 Jahren. Ich darf hier in gebotener Kürze eine oft zitierte (aber nicht häufig bedachte) Passage aus den sogenannten „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ anführen (8). Zunächst stellt Marx dort fest, dass sich Naturwissenschaft einerseits und Philosophie und Geschichte andererseits „fremd [ge]blieben“ seien, abgesehen von „phantastischen Illusion[en]“ versuchter Vereinigung. Er fährt dann fort: „Aber desto praktischer hat die Naturwissenschaft vermittelst der Industrie in das menschliche Leben eingegriffen und es umgestaltet und die menschliche Emanzipation vorbereitet, sosehr sie unmittelbar die Entmenschung vervollständigen musste.“ (Hervorhebung von Marx).

Dann wendet sich Marx dieser Emanzipation und ihren Konsequenzen zu (9), seinerzeit aus offensichtlichen Gründen allerdings nur in der Form antizipatorischen Theoretisierens: „Die Sinnlichkeit ... muss die Basis aller Wissenschaft sein. Natur, wenn sie von ihr, in der doppelten Gestalt sowohl des sinnlichen Bewusstseins als des sinnlichen Bedürfnisses ausgeht – also nur wenn die Wissenschaft von der Natur ausgeht –, ist sie wirkliche Wissenschaft. [D]azu ist die ganze Geschichte die Vorbereitungs-, Entwicklungsgeschichte. Die Geschichte selbst ist ein wirklicher Teil der Naturgeschichte, des Werdens der Natur zum Menschen. Die Naturwissenschaft wird später ebensowohl die Wissenschaft von dem Menschen wie die Wissenschaft von dem Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren: Es wird eine Wissenschaft sein“ (Hervorhebungen von Marx).

Die Emanzipation, die hier antizipiert wird, ist jetzt Notwendigkeit geworden. Gleichzeitig bestärkt Karl Marx unsere Einsicht in die Bedeutung der Sinnlichkeit in diesem Prozess. Wenn jedoch die Lösung unserer „Umwelt“-Probleme bei unserer inneren Natur anzusetzen hat, dann ist dieser Ansatz zugleich von konkreter und allumfassender Bedeutung; dies deswegen, weil der Bezug zu allem, was ist, von unserem Denken abhängt. Oder anders gesagt: Aus dem „Umwelt“-Problem erwächst die ganzheitliche, also quintessentiell politische Aufgabe der modernen Gesellschaft, die nur auf der Grundlage eines neuen tätigen Umgangs mit der Welt zu lösen sein wird. Ohne eine aus neuem Bewusstsein praktizierte Ökologie, die die soziale Dimension unmittelbar einschließt, kann es keine neue Politik geben. Dieser hier aufscheinende Primat der Praxis impliziert, dass sie sich in einer neuen Kritik selbst begreifen muss; sie bedarf der beglei-

tenden Reflexion und in diesem Sinne der Theorie. Die Geschichte hat uns jetzt gelehrt, dass wir nicht mehr mit dem Kopf voran gehen können.

Wenn also das Betreiben von zukunftsweisen-der Politik ohne sozial-ökologische Praxis bodenlos ist, dann besteht die vornehmliche Aufgabe der Politik heute darin, denjenigen Bewegungen und Gruppen Gehör zu leihen, die den Durchbruch in eine neue Praxis suchen; nur dies kann noch unter Demokratie verstanden werden. Danach kann neue Politik versuchen, diesen Bewegungen freie Bahn zu schaffen. Es wäre selbstverständlich viel zu eng, bei „neuer Praxis“ und ihrem sinnlichen Bezug zur Natur vornehmlich an Agrarkommunen zu denken, wie oft geschieht. Sie sind gewiss bedeutsam, aber zwischen ihnen und mit verwandten neuen Bemühungen in anderen Bereichen konkret-sachliche und reflektierende Bezüge zu fördern, wäre noch eine zusätzliche Aufgabe zeitgemäßer Politik. Sind entsprechende Bestrebungen doch allzu häufig ohne engen Verbund unter einander. Man denke hier an solche in Erziehung, Kunst (in all ihren Sparten), Architektur, Landschaftsgestaltung und vielem mehr; isoliert werden sie nachhaltig nur schwer über das herrschende Denken hinauskommen.

Wer eine lebbare Zukunft eröffnen will, muss ihre Anfänge sichern, aber auch ihre Gegner bekämpfen. In Bezug auf letztere, denke man nur einmal an die Kinder verwüstende Unsinnlichkeit so vieler Schulen, in denen dazu angehalten wird, „Wissen“ aus dem Internet „abzuladen“. Auch denke man an die Art von Hausbau, bei der die Länge des Baukrans die Dichte der Wohnblöcke bestimmt (ironischer Weise vor allem im „sozialen“ Wohnungsbau). Muss man hier noch einen Tourismus erwähnen, der zu wenig mehr führt als „wüstem Betrieb“ bei irrsinnigem Treibstoffverbrauch? Schließlich sei aber auch als Beispiel auf die Nahrung hingewiesen, deren „Genuss“ kein Genuss ist, die aber zwischen Pflug und Ess-tisch für Profit sorgt; letzteren zwar nicht für den des Bauern, aber für den solcher „Global Players“ wie Monsanto.

Kein Zweifel, politischer Kampf wird nötig sein. Wenn er nicht angenommen wird, geht mehr zu Bruch als die Umwelt, nämlich Mensch und Gesellschaft. Wo die von Marx vorgemahnte neue Naturwissenschaft nicht zur bewusst gelebten Geschichte wird, stirbt der Demokratie auch noch der Letzte der mündigen Bürger weg; dürftig an Zahl aber auch an Klarsicht sind sie ohnehin schon. Insofern weisen Überlegungen, die bei den „Umwelt“-Problemen ih-

ren Anfang nehmen, weit über sich hinaus und führen zu einer Sozial-Ökologie und damit zu den Bedingungen eines jetzt zu realisierenden Sozialismus. Was der im einzelnen mit sich bringen wird, kann weder im Voraus geplant noch am Schreibtisch eronnen werden. Dies müssen wir einer neuen Praxis und ihrem Reflexionswillen überlassen. Eine hierzu anleitende Theorie kann es nicht mehr geben. Sie zu ersinnen, hieße, die Theorie wieder über die Praxis zu stellen, also weiter der Erbsünde der jetzt „aufzuhebenden“ Tradition nachzuhängen.

Anmerkungen:

1. siehe z. B. Bahro, Rudolf: „Rückkehr“, Berlin, Frankfurt 1991. Ich darf auch hinweisen auf Sixel, Friedrich: „Die Natur in unserer Kultur“, Würzburg 2003 (engl. Original New York, Oxford 2001)
2. Beispiele sind die Erhöhung der Lebenserwartung, die Bevölkerungszunahme, die Kommunikation oder sportliche Höchstleistungen, die aber auch ihre negativen Seiten haben.
3. siehe Marx, Karl: „Grundrisse“, Frankfurt o. J., z. B. S. 587, 594
4. siehe hierzu z. B. Böhme, Gernot: „Alternativen zur Wissenschaft“, Frankfurt 1993, vor allem pp. 147f.
5. siehe hierzu Sixel, op. cit., insbesondere S. 140f, 148, 169f, 176f, 214f, 232f, 237 und die dort diskutierten Ansichten von Habermas, Heisenberg und Niklas Luhmann
6. Als Beispiele seien genannt: Adams, Richard. N.: „Energy & Structure“, insbesondere S. 95ff; Damasio, Antonio: „Descartes' Error“, New York 1994; Roth, Gerhard: „Das Gehirn und seine Wirklichkeit“, Frankfurt 1994; Spitzer, Manfred: „Geist im Netz“, Heidelberg, Berlin, Oxford 1996.
7. Das heißt nicht, dass es jenseits dieses Horizontes einfach nichts gibt. Aber was immer dort ist, kann mit einem menschlichen Begriff von Sein nicht erfasst werden. Ausführlicher hierzu Sixel, op. cit.: S. 30, 117-121, siehe auch Bateson, Gregory: „Steps to an Ecology of Mind“, New York 1972, der dem „reinen“ Inhalt des Gedankens eine „O-Dimension“ zuweist.
8. Hier zitiert nach der „Karl-Marx-Ausgabe“, hrsg. von Hans-Joachim Lieber, Bd. I, Darmstadt 1962, S. 603f.
9. Ibidem

Mit F. W. Sixel, langjähriger Prof. für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada, gewann die ÖPF einen neuen Freund und Autor für die Zeitschrift.

Die Erde ist dabei, ein tödliches Fieber zu bekommen, das 100 000 Jahre dauern kann

James Lovelock

„The Independent“ 16. 01. 2006

Übersetzung: Bert Brandt

Jede Nation muss den besten Nutzen der Ressourcen finden, um die Zivilisation solange wie möglich aufrecht zu erhalten.

Stellen sie sich eine junge Polizistin glücklich bei der Erfüllung ihres Berufes vor und sie hätte einer Familie, deren Kind sich verirrt, zu sagen, dass es den Tod gefunden hat, ermordet in einem nahe gelegenen Wald. Oder denken sie an einen erst kürzlich neu angestellten Arzt, der ihnen sagen muss, dass die Gewebeprobe das Eindringen eines aggressiven metastasierenden Tumors zeigte. Ärzte und die Polizei wissen, dass viele die einfache schreckliche Wahrheit mit Würde akzeptieren, aber dass andere vergebens versuchen, sie zu leugnen.

Was auch immer die Reaktion ist, die Überbringer einer solchen schlechten Nachricht stumpfen selten gegen ihre Aufgabe ab und einige fürchten sie. Wir haben die Richter von der schrecklichen Verantwortung entlastet, ein Todesurteil zu sprechen, aber wenigstens hatten sie einen gewissen Trost durch deren häufige moralische Rechtfertigung. Die Ärzte und die Polizei können ihrer Pflicht nicht entfliehen. Dieser Artikel ist aus diesem Grund der schwierigste, den ich geschrieben habe. Meine Gaia-Theorie sieht die Erde so funktionierend, als wäre sie lebendig, und offensichtlich kann sich so etwas Lebendiges guter Gesundheit erfreuen oder Krankheiten erleiden. Gaia hat mich zu einem planetarischen Arzt gemacht, und ich nehme meinen Beruf ernst, und nun muss ich auch schlechte Nachrichten überbringen.

Die Klimazentren überall auf der Welt, die den Pathologielabors der Hospitale ähnlich sind, haben über die physischen Bedingungen der Erde berichtet und die Klimaspezialisten sehen sie ernstlich krank und bald in ein krankhaftes Fieber übergehen, das 100 000 Jahre dauern kann. Ich muss ihnen als Mitglieder der Erdenfamilie und einem originären Teil von ihr sagen, dass sie und besonders die Zivilisation Gefahr laufen, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Unser Planet hat sich selbst gesund und fit für das Leben erhalten, so wie das ein Tier tut, mehr als 3 Milliarden Jahre seiner Existenz. Es war verhängnisvoll, dass wir begonnen haben, sie zu verschmutzen, da die Sonne zu heiß ist, uns zu helfen. Wir haben Gaia ein Fieber verpasst und bald wird sich ihr Zustand ver-

schlechtern bis zu einem Zustand, der an ein Koma erinnert. Sie war zuvor schon einmal in einem solchen Zustand und hat sich erholt, aber es hat mehr als 100 000 Jahre gedauert. Wir sind dafür verantwortlich und wir werden die Konsequenzen zu tragen haben: Im Verlauf dieses Jahrhunderts wird die Temperatur um 8 Grad in den gemäßigten Zonen und um 5 Grad in den Tropen ansteigen.

Ein großer Teil der tropischen Landmasse wird Buschwald und Wüste werden, und wird nicht länger der Regulation dienen; das kommt zu den 40 % der Erdoberfläche hinzu, an denen wir Raubbau getrieben haben, so dass sie nicht mehr für die Erzeugung von Nahrung geeignet sind.

Seltsamerweise reduziert die Luftverschmutzung auf der nördlichen Hemisphäre die globale Erwärmung, indem sie das Sonnenlicht zurück in den Weltraum reflektiert. Diese „globale Verdunkelung“ ist aber nur vorübergehend und kann in ein paar Tagen wie Rauch, was sie ist, verschwinden und uns voll der Hitze des globalen Treibhauses aussetzen. Wir befinden uns in einem verrückten Klima, zufällig kühl gehalten durch Rauch und bevor dieses Jahrhundert zu Ende ist, werden Milliarden von uns sterben und einige wenige Paare von Menschen, die überleben, werden sich in der Arktis befinden, wo das Klima erträglich bleibt.

Da wir nicht zur Kenntnis genommen haben, dass die Erde ihr Klima und ihren Zustand selbst reguliert, sind wir in den Versuch gestolpert, es selbst zu tun, und so zu handeln, als hätten wir die Verantwortung. Indem wir das tun, verdammen wir uns zu der schlimmsten Form der Sklaverei. Wenn wir uns dazu entschließen, die Verwalter der Erde zu sein, dann sind wir auch verantwortlich für die Erhaltung der Atmosphäre, des Ozeans und der Landoberfläche, um dort zu leben. Das ist eine Aufgabe, die wir bald als unmöglich empfinden werden – und als etwas, bevor wir Gaia so schlecht behandelt haben, was sie aber so bereitwillig für uns getan hat.

Um zu verstehen, wie unmöglich es ist, denkt daran, wie ihr euer eigenes Temperament oder den Zustand eures Blutes regulieren würdet. Diejenigen, die versagende Nieren haben, kennen die nicht endende tägliche Schwierigkeit, Wasser, Salz und Proteinzusatz richtig einzusetzen. Die technologische Festlegung der Dialyse hilft, aber sie ist kein Ersatz für funktionierende gesunde Nieren.

Mein neues Buch „Die Rache der Gaia“ führt diese Gedanken weiter aus, aber sie können immer noch fragen, warum die Wissenschaft

so lange gebraucht hat, um die wahre Natur der Erde zu erkennen. Ich denke, das kommt daher, dass Darwins Vision so gut und klar war, dass es bis jetzt gebraucht hat, sie zu verarbeiten. Zu seiner Zeit war über die Chemie der Atmosphäre und der Ozeane wenig bekannt und er hatte wenig Grund, sich zu fragen, ob die Organismen ihre Umgebung genauso veränderten, wie sie sich an sie anpassten.

Wäre es damals bekannt gewesen, dass das Leben und die Umwelt eng verbunden sind, dann hätte Darwin gesehen, dass die Evolution nicht nur die Organismen umfasst hätte, sondern auch die gesamte Erdoberfläche. Wir hätten dann die Erde betrachtet als ob sie lebendig wäre und wir hätten erkannt, dass wir die Luft nicht verschmutzen und die Erdoberfläche - ihre Wälder und Meeresökosysteme - nicht einfach nur als Quelle der Produkte betrachten können, um uns zu ernähren und unsere Heime auszustatten. Wir würden instinktiv gefühlt haben, dass solche Ökosysteme unberührt gelassen werden müssen, denn sie sind Teil der lebendigen Erde.

Also, was sollen wir tun? Zuerst müssen wir uns das schreckliche Tempo der Veränderungen vor Augen halten und erkennen, wie wenig Zeit noch übrig ist, um zu handeln; und dann muss jede Gemeinschaft und Nation die beste Verwendung ihrer Ressourcen herausfinden, um die Zivilisation solange sie können zu erhalten. Die Zivilisation ist energieintensiv und wir können sie nicht beseitigen, ohne selbst zu zerbrechen., so brauchen wir die Sicherheit eines gestützten Abstiegs. Auf diesen britischen Inseln sind wir gewöhnt, an die ganze Menschheit zu denken und nicht nur an uns selbst; die Umweltveränderung ist global, aber wir müssen uns mit den Konsequenzen hier im Vereinigten Königreich auseinandersetzen.

Unglücklicherweise ist unsere Nation so verstädtert wie eine große Stadt, und wir haben nur eine kleine Fläche für Land- und Forstwirtschaft.

Wir sind abhängig vom Welthandel; eine Klimaveränderung wird uns regulären Nachschub von Nahrungsmitteln und Brennstoffen von Übersee versagen.

Wir könnten genug anbauen, um uns auf dem Niveau des 2. Weltkrieges zu ernähren, aber die Vorstellung, dass genug Land da ist, um Biobrennstoffe oder Windparks anzulegen, ist lächerlich. Wir sollten unser bestes tun, um zu überleben, aber traurigerweise kann ich nicht sehen, dass sich die USA oder die wachsenden Wirtschaften Chinas und Indiens rechtzeitig einschränken, und sie sind die Hauptquelle der Emissionen. Das Schlimmste wird passieren, und die Überlebenden werden sich an ein Höllenklimas anzupassen haben.

Vielleicht ist die traurigste Sache, dass die Erde genau so viel oder mehr verlieren wird als wir. Es wird nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt und das ganze Ökosystem dem Aussterben entgegen gehen, aber in der menschlichen Zivilisation hat der Planet eine wertvolle Ressource. Wir sind nicht nur eine Krankheit, sondern wir sind durch unsere Intelligenz und Kommunikation das Nervensystem dieses Planeten. Durch uns hat sich Gaia selbst vom Universum aus gesehen und beginnt ihren Platz im Universum zu erkennen.

Wir sollten das Herz und der Verstand der Erde sein, nicht seine Krankheit. So lasst uns mutig sein und aufhören, allein an die menschlichen Bedürfnisse und Rechte zu denken, und sehen, dass wir der lebenden Erde geschadet und unseren Frieden mit Gaia zu machen haben. Wir müssen es tun, solange wir noch stark genug sind, um zu handeln und solange wir noch nicht ein gebrochener Pöbelhaufen sind, geführt von brutalen Kriegsherren. Am meisten sollten wir uns daran erinnern, dass wir ein Teil davon sind, und es ist in der Tat unser Heim.

Energieeffizienz - aber wie? An die konzeptionellen Vordenker der Umweltbewegung

Wolf von Fabek

Würde man alle Appelle zur effizienten Verwendung von Energie und zum Energiesparen, die seit der ersten Ölkrise 1973 gedruckt wurden, aufeinanderlegen, so würde der Papierstapel wahrscheinlich schon den Mond erreichen. Ein Grund zum Stolz ist dies keinesfalls. Nach über 30 Jahren sollten wir lieber einmal Bilanz ziehen, was die Appelle eigentlich gebracht haben. Optimisten weisen hier gerne

auf Wirkungsgradverbesserungen im Kraftwerksbereich hin und auf Verminderung des Strombedarfs bei Kühlschränken und Waschmaschinen. Aber schon die Aufsummierung des Stromverbrauchs aller deutscher Standby-Schaltungen lässt Zweifel am Konzept aufkommen. Wer sich durchgreifende Erfolge erhofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Die sich selbst tragende Effizienzbewegung ist ausgeblieben - Warum eigentlich?

Bei den Erneuerbaren Energien im Wärme- oder im Verkehrsbereich und bei der Energieeffizienz wird jeder wesentliche Fortschritt ausgebremst, weil Energie zu billig ist. Niedrige Energiepreise sind die wichtigste Ursache dafür, dass Leute sich heute noch immer 7- oder 10-Liter-Autos kaufen, Elektroboiler und Gas- oder Ölheizungen einbauen, das Wort "Passivhaus" für einen Witz halten und die Zimmertemperatur durch Öffnen der Fenster regeln.

Die Schlussfolgerung ist eigentlich ganz einfach: Energie muss teurer werden; nicht zögerlich und in ungewisser Zukunft durch die steigende Nachfrage aus Indien und China, sondern jetzt gleich und ernsthaft durch eine radikale Erhöhung der Energiesteuern!

Aber nicht einmal die Umweltverbände wagen es, diese Forderung öffentlich zu stellen. Der Grund ist weniger die Angst vor dem Verlust von Mitgliedern, sondern hinter ihrer Unsicherheit steckt viel mehr eine argumentative Schwäche, nämlich die nicht zu Ende geführte intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Totschlagargument: "Teure Energie kostet Arbeitsplätze".

Wer (fälschlich) davon ausgeht, dass teure Energie Arbeitsplätze kostet - es zumindest für denkbar hält - der kann natürlich nicht mit gutem Gewissen höhere Energiesteuern fordern. Die grundsätzliche Lösung bleibt ihm deshalb verwehrt. So probieren es die Umweltfreunde mit mal einem Förderprogramm hier und mal einer Subvention dort, mit Einrichtung von Energieagenturen und mit weiteren Aufklärungsprogrammen zur Energieeffizienz. Seit über 30 Jahren!

"Teure Energie kostet Arbeitsplätze". Die Tatsache, dass hinter dieser Behauptung handfeste Interessen der Energiewirtschaft zu vermuten sind, müsste eigentlich zum kritischen Nachdenken führen. Aber die Aussage wird überhaupt nicht mehr als eine nachprüfbar - und ggf. auch widerlegbar - Behauptung empfunden. Sie ist vielmehr wie ein Glaubenssatz tief ins kollektive Unterbewusstsein eingedrungen, so dass keiner mehr auf die Idee kommt, die zu Grunde liegenden Argumente herauszusuchen, sie zu entwirren und kritisch zu Ende zu denken. Die Folge ist eine Lähmung der Umweltbewegung.

Doch fehlerhafte Glaubenssätze bestehen glücklicherweise nicht ewig. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit hat ein interdisziplinäres Team aus Volkswirtschaftlern, Physikern, Mathematikern und Ingenieuren eine Argumentenkette entwickelt, die zum eindeutigen Schluss führt:

- Nicht billige, sondern teure Energie schafft Arbeitsplätze.
- Eine rasche Erhöhung der Energiesteuern ist dringend und überfällig!

Obwohl sie kein einziges ökologisches Argument verwendet, kommt somit die jetzt aufgestellte Argumentenkette mit anderen Begründungen zu ähnlichen Ergebnissen wie schon die alte ökologische Steuer- und Finanzreform: Sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht ist eine Anhebung der Energiesteuern dringend erforderlich. Damit leistet die neue Theorie gleichzeitig einen bahnbrechenden Beitrag zur Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland hat sich dem neuen interdisziplinären Energiesteuer-Team angeschlossen und für die praktische Umsetzung drei konkrete Forderungen aufgestellt, die weit über die Forderungen der ökologischen Steuerreform hinausgehen:

1. Ersatz des bisherigen Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung durch eine Energiesteuer von zunächst 12 Cent/kWh auf Endenergie,
2. dauerhafte Gewährung eines Energiegeldes von 100 Euro pro Kopf und Monat,
3. Durchführung der Energiesteuerreform so schnell dies überhaupt möglich ist, um weiteres Ausbluten von Staat und Sozialsystemen rasch zu beenden.

Informieren Sie sich über unsere Argumentationskette unter <http://www.sfv.de/lokal/emails/wvf/arbeitun.htm>.

Falls Sie unserem Vorschlag zustimmen, helfen Sie bitte mit, die Aktiven der verschiedenen Umweltverbände zu überzeugen.

Wolf von Fabock ist Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins Deutschland (SFV) Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V. (SFV). Interessenvertretung der dezentralen PV-Stromeinspeiser. Herzogstraße 6, D-52070 Aachen, zentrale@sfv.de, Tel. 0241-511616, Fax 0241-535786, <http://www.sfv.de>

CDU/CSU im Dienst der Atomkonzerne? Linkspartei.PDS wird sich Atomrenaissance widersetzen

Marko Ferst

Hätte es für Schwarz-Gelb bei der Bundes-

tagswahl gereicht, die Laufzeiten der Atomkraftwerke wären bereits verlängert. So müssen sich die Christdemokraten auf die Gegen-

wehr von Umweltminister Gabriel einstellen, der Ihnen via „Spiegel“ die Leviten las. Im CDU/CSU-Wahlprogramm wurde die Atomkraft sogar zum Klimaschutzfaktor Nummer Eins gekürt. Daß die zahlreichen Produktionsschritte von der Uranförderung bis zum fertigen Brennelement im AKW erhebliche Mengen an Kohlendioxidemission bedeuten, blendet man dabei sorgsam aus. Siemens und Framatome würden in Deutschland bis 2020 gerne 5-6 neue Atomkraftwerke bauen. Die hohen Investitionskosten für die AKWs, aber auch Massenproteste könnten davon abhalten, diesen Wünschen nachzukommen. Edmund Stoiber und Roland Koch raten auch dazu die Option für den Bau neuer Atomkraftwerke offen zu halten. Die Atomforschung soll aufgestockt und mehr deutsche Atomtechnologie exportiert werden.

Jedoch Versorgungssicherheit ist beim Brennstoff Uran ebensowenig gewährleistet, wie beim Öl und Gas. Der Rohstoff wird insbesondere aus Kanada und Australien sowie Kasachstan, Russland, Niger, Namibia und Usbekistan importiert. Seit 2000 vervierfachte sich der Uranpreis auf 36 Dollar pro Pfund. Bei gleichbleibendem Bedarf würden die Uranvorräte in rund 30 bis 60 Jahren erschöpft sein, abhängig davon, ob eine Wiederaufarbeitung des Abfalls erfolgt. Auch Uranbedarf für neue Atomwaffen wäre ein Faktor u. ä. Jährlich werden derzeit 62 000 Tonnen für die weltweit 443 AKW benötigt.

Die rot-grüne Bundesregierung leitete den Atomausstieg nicht wirklich ein. Nach wie vor werden rund 95% der Menge an Atomstrom produziert wie unter der Kohlregierung. Mit Hermesbürgschaften unterstützte Rot-Grün in China den Bau der beiden russischen Reaktorblöcke nach Tschernobylart in Lianyungang. Die Kapazitäten der Urananreicherungsanlage in Gronau wurden verdreifacht. Künftig können so 35 Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden. In Deutschland laufen derzeit noch 17 AKWs. Zwei Uraltmeiler wurden abgeschaltet. Man darf gespannt sein, wie unter Schwarz-Rot gepokert wird, um AKW-Abschaltungen hinauszuzögern.

Die Linkspartei will den kurzfristigen Atomausstieg und nicht warten, bis das technische Ende der Reaktoren erreicht ist. Neue Reaktoren in Osteuropa, subventioniert mit EU-Geldern, wie in Rumänien geschehen müssen verhindert werden, beendet der Export von AKW-Technik. Eine Wiederaufarbeitung atomarer Brennstoffe wird abgelehnt, ebenso die damit verbundenen Atommülltransporte.

Die Einlagerung von hochradioaktivem Müll in den Salzstock Gorleben wäre russisches Roulette. Die CDU/CSU will das massiv vorantrei-

ben. Teils fehlen Deckschichten, die abdichten könnten. Salzhaltige Grundwasserströme führen bis an die Oberfläche. Es zeichnet sich ab, es gibt keine sichere Möglichkeit die Stoffe über 10-20 Millionen Jahre risikofrei zu lagern. Einige hochradioaktive Nuklide bzw. deren Zerfallsprodukte sind extrem dauerhaft und ähnlich gefährlich wie Plutonium. Wir brauchen länderübergreifend eine Diskussion über die hochradioaktiven Abfälle atomarer Energieerzeugung. Ist es wirklich verantwortbar global mehr als 30 Lager in verschiedenen Ländern für hochradioaktiven Müll einzurichten, deren Abschlussdichte auf Dauer nicht garantiert werden kann? Oder ist eine Konzentration auf wenige Lager besser, wo trotz möglicher radioaktiver Austritte sich der Schaden in Grenzen hält, weil der Raum nicht besiedelbar ist? Man muß sich klar machen, hochradioaktive Stoffe durchdringen selbst die beste Verpackung irgendwann. Sie zerstören die atomare Gitterstruktur. Es dauert nur 5 000 bis 10 000 Jahre bis die heißen Stoffe im unterirdischen Endlager sich freigearbeitet haben. Dann können Sie in Gorleben ungehemmt mit dem Salz reagieren, bei entsprechender Temperaturentwicklung auch explosiv. Das ist offenbar noch völlig unbekannt in der Partei von Kanzlerin Merkel? Bei Grünen und SPD wird man sich schon überlegt haben, warum man neue Endlagerstandorte einbeziehen will.

Völlig sicher soll die Atomenergie sein, so erklären die Förderer der Atomkraft und besonders die CDU/CSU und FDP noch immer. Tatsächlich kam es immer wieder zu schweren Atomunfällen, die sich mit den Namen Tschernobyl, Harrisburg, Sellafeld, Tscheljabinsk und weiteren verbinden. Für Deutschland ist die Gefahr eines schweren Atomunfalls keineswegs gebannt. Die letzten Betriebsjahre werden die gefährlichsten sein, weil der Verschleiß an vielen Bauteilen zunimmt. Bereits bisher sind über 200 schwerwiegende ungelöste Sicherheitsfragen in deutschen AKW bekannt. Wesentliche Sicherheitsunterlagen wurden verfälscht, um die Anlagen für den Betrieb genehmigt zu bekommen. Terror und Sabotageakte können auch durch noch so viele Sicherheitsvorkehrungen nicht in jedem Fall verhindert werden. AKWs einzunebeln hält Kamikazeflieger nicht wirklich ab. Rot-Grün hielt eine Studie, die die Verletzbarkeit der Anlagen zeigt, nicht ohne Grund unter Verschluss.

Bei einer deutschen Kernschmelze würden anders wie in Tschernobyl, die radioaktiven Nuklide entsprechend der Windrichtung besonders konzentriert im Umkreis der umliegenden 400 Kilometer niedergehen und weniger über die Staatsgrenzen hinweg verteilt. Das hängt mit der anderen Bau- und Betriebs-

art der deutschen AKWs zusammen. Bei einem Unfall gäbe es weniger Hitzeentwicklung. Diese hatte die Nuklide in der Ukraine in höhere Luftschichten befördert und über viele Länder verteilt. Fünf bis zehn Bundesländer müssten hierzulande zur Sperrzone erklärt werden, wollte man die gesundheitlichen Frevel an der Bevölkerung nicht wiederholen wie sie im Fall Tschernobyl geschehen sind.

Bei einigen Störfällen und Pannen in Atomanlagen wies die Linkspartei in den vergangenen Jahren wiederholt darauf hin, der Stand von Wissenschaft, Technik und auch Fachkunde wird in der Betriebspraxis der AKW nicht erreicht. Sie erinnerte daran, das bereits die gegebenen gesetzlichen Regelungen ausreichen, um die Atomkraftwerke über den Weg des Widerrufs von Betriebsgenehmigungen umgehend stillzulegen. Bedenkliche Defizite in der Anlagensicherheit, technisch nicht realisierbarer Schutz gegen Terrorakte, aber auch Verstöße gegen die Sicherheit können allemal als Gründe zur Abschaltung ausreichen. Völlig unzureichend ist auch die finanzielle Haftpflicht der AKW im Schadenfall. Allein eine ordnungsgemäße Versicherung der Anlagen, würde den Atomstrom zur teuersten Form der Energieerzeugung machen.

Wieder verschärft werden müsste die unter Rot-Grün abgeschwächte Strahlenschutzverordnung. Auch schwach kontaminierte Abrisstoffe haben beim Straßenbau oder recycelt in Alltagsgegenständen nichts zu suchen. Schwangere sind jetzt ungeschützt durch die Verordnung in Einrichtungen mit radioaktiven Quellen. Die Aufweichung von Schutzmaßstä-

ben, damit die Atomindustrie ihre Abrisstoffe preisgünstig entsorgen kann, führt zu hundert weiteren zusätzlichen Todesfällen, die vermieden werden könnten, so Sebastian Pflugbeil.

Um einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie zu erwirken, reichen allein parlamentarische Initiativen nicht aus. Die Proteste der AKW-Bewegung, auch ziviler Ungehorsam, sind unverzichtbar, um die jeweilige Regierung unter Druck zu setzen. Jedoch muss bei Protestaktionen immer gewährleistet sein, dass Leben und Gesundheit nicht leichtfertig gefährdet werden. Ein zunehmendes Problem ist allerdings auch: Polizei und staatliche Sicherheitsdienste gefährden ganz speziell bei Einsätzen im Wendland die Grundrechte. Das Wendland gleicht zu Castor-Transportzeiten regelmäßig einer Besatzungszone. Die Staatsmacht bewacht grünbewehrt jede Straßenecke. Das Demonstrationsrecht ist in weiten Bereichen völlig ausgehebelt. Was würde den Atomausstieg in vielen Ländern ganz besonders beschleunigen? Darauf gibt es eine unheimliche aber klare Antwort: Wenn es in einem der etwas mehr als 400 Atomreaktoren, die weltweit betrieben werden, zu einem weiteren Großunfall analog wie in Tschernobyl kommt. Angesichts der massiven Krankheitsfolgen für die Bevölkerung, kann man nur hoffen, dass dies niemals eintritt, jedoch jeder Tag mit Atomkraft, macht diese Option wahrscheinlicher. Nur eine vollständige solare Energiewende, wie sie die Linke anstrebt, wird unsere Energieprobleme lösen. In diesem Jahr plant die Ökologische Plattform eine Anti-Atom-Konferenz durchzuführen.

Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Grund

Eva Bulling-Schröter

Aktuelle Stunde des Bundestages zur europäischen Chemikalienpolitik, 16.12.2005

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von rund 30 000 relevanten chemischen Stoffen wurden bislang nur etwa 4 000 darauf geprüft, ob sie Gesundheit oder Ökosysteme schädigen. Mit dem Rest, den so genannten Altstoffen, die vor 1981 auf den Markt kamen, läuft faktisch ein Großversuch an Mensch und Umwelt. Allergien sowie Brustkrebs- und Atemwegserkrankungen haben drastisch zugenommen. Giftcocktails lassen sich sogar noch in der Muttermilch nachweisen, ebenso weitab der Chemiefabriken im Fettgewebe von Eisbären und Walen.

Die EU-Kommission wollte diesen unhaltbaren Zustand mit ihrem Entwurf einer REACH-Verordnung beenden. Für Alt- und Neustoffe

ab einer Tonne Jahresproduktion sollte nun gleichermaßen gelten: keine Daten - kein Markt. Mengenabhängig hätten die Chemikalien getestet und registriert werden müssen. Vor allem aber sollten besonders gefährliche Stoffe identifiziert und schrittweise ersetzt werden; denn genau das muss der Kern einer verantwortlichen Chemikalienpolitik sein.

Ein solches REACH wäre mit 0,1 Prozent des Branchenumsatzes - 0,1 Prozent, Frau Dött und Herr Kauch! - locker zu bezahlen gewesen. Allein die Ausgaben der Kranken- und Rentenkassen für chemikalienbedingte Erkrankungen und Todesfälle betragen ein Mehrfaches davon. Dazu habe ich von Ihnen heute noch gar nichts gehört. Mit gutem Willen hätte man dabei auch - ich denke, das ist uns allen ein Anliegen - die Anzahl der Tierversuche auf das unvermeidbare Minimum beschränken können. Auch das ist nicht passiert.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch dieser Kommissionsentwurf wurde vor vier Wochen vom EU-Parlament gnadenlos verwässert; das wurde hier schon gelobt. In dieser Form hat ihn der Ministerrat am Dienstag leider auch weitgehend bestätigt. Die Chemiekonzerne, die eine gewaltige Desinformationskampagne losgetreten haben, können einen Etappensieg verbuchen: Nunmehr sind die Daten- und Testanforderungen drastisch gesunken. Von den 30 000 relevanten Chemikalien bleiben nur noch 12 000 übrig, die halbwegs vernünftig überprüft werden sollen. Es besteht zwar die Möglichkeit, von den Firmen Daten nachzufordern. Das wird jedoch enorm bürokratisch. So viel zum Thema Bürokratie. Zudem wandert die Beweislast wieder von den Herstellern zu den Behörden; genau das sollte durch REACH umgekehrt werden. Die gescheiterte Altstoffverordnung, unter der in 24 Jahren gerade einmal 65 Stoffe bewertet wurden, lässt schon jetzt grüßen. Insgesamt ist das Rollback in der europäischen Chemikalienpolitik nicht nur ein dreister Frontalangriff auf die Gesundheit der Menschen. Das Ganze ist außerdem ökonomischer Unsinn. Schließlich verleiht eine saubere Registrierung und Bewertung den Firmen Rechtssicherheit in Haftungsfragen, was sehr wichtig ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alt- und Neuchemikalien könnten zudem in einen gerechten Wettbewerb miteinander treten - und die Schaffung von Wettbewerb ist doch immer Ihr Anliegen. Nun aber werden Intransparenz und Ungleichbehandlung fortgeführt. Innovationsfeindlicher geht es kaum.

In seiner ersten Lesung vor vier Wochen hat sich das EU-Parlament wenigstens dafür ausgesprochen, gefährliche Chemikalien nur für fünf Jahre befristet zuzulassen. Danach hätten sie von den Unternehmen ersetzt werden müssen, sofern dann unbedenkliche Alternativen existieren. Genau darum geht es doch; wir wollen doch Stoffe, die unbedenklich sind.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber selbst diese einzige positive Veränderung am Kommissionsentwurf wurde vom Rat kas-

siert. Insgesamt stellt sich damit die Frage, ob ein solches Chemikalienrecht nicht hinter das bisherige zurückfällt. Schließlich gelten die weich gespülten Registrierungs- und Zulassungskriterien nun ebenfalls für die Neustoffe und diese unterliegen gegenwärtig noch einem vorbildlichen Registrierungsverfahren.

Der BUND hat in dieser Woche analysiert, wer in Europa die Interessen der Chemiekonzerne gegen den Verbraucherschutz besonders eifrig vertreten hat. Das Papier ist wirklich lesenswert: Die deutschen Abgeordneten im Europaparlament haben - mit Ausnahme der Linken und der Grünen - bei allen Änderungsanträgen mehrheitlich für einen Abbau des Gesundheitsschutzes gestimmt.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die bittere Wahrheit!)

Im Falle von SPD und FDP geschah das sogar gegen die jeweilige eigene Fraktion im Europaparlament. Aufgrund der Abgeordnetenanzahl haben deutsche EU-Parlamentarier somit ein fortschrittliches europäisches Chemikalienrecht verhindert. Dass die Bundesregierung im Rat und in der EU-Kommission als Repräsentantin des VCI auftrat, weiß inzwischen ganz Brüssel. Kommissionsvizepräsidentin Margot Wallström hat öffentlich gegen einen besonders dreisten Vorstoß Günter Verheugens protestiert. Auch das ist bekannt. REACH ist aus unserer Sicht ein trauriges Beispiel dafür, wie Konzerne die Gesetzgebung nach ihren Profitinteressen zurechtbiegen können, wenn sie dafür nur mächtig und frech genug sind.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt kommt es wieder! - Zuruf von der FDP: Der Sozialismus!)

Dies geschieht leider mithilfe von Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland, einem Land, welches sich so gern als Weltmeister im Umweltschutz ausgibt. Noch ein Wort zu den Grünen:

Vizepräsident Wolfgang Thierse: Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen, Sie sind weit über Ihre Redezeit hinaus.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Ja, mein letzter Satz: Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Grund.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Jahr ökologischer Sozialisten. Jahresrückblick 2005 der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Christian Rehmer

Was hat die Linkspartei nicht alles *Umweltfreundliches* in ihrem Programm stehen... Vom *ökologischen Umbau der Gesellschaft* und von

regionalen Wertschöpfungsketten ist die Rede. Trotzdem wird die Partei mit Windrädern und Rotbauchunken genauso oft in Verbindung gebracht, wie der BDI mit dem Kyoto-Protokoll. Doch auch in der Linkspartei gibt es *Rote mit*

einem grünen Herzen und diese schlossen sich Anfang Januar 2005 als *AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim* (kurz AGU) zusammen.

Die vier Gründungsmitglieder gingen dabei von dem Grundsatz aus, „*Sozialismus ist ökologisch oder es ist kein Sozialismus*“ und stellten somit die Verbindung von Ressourcenzugang und –besitz in den Fokus ihrer Arbeit. Im April 2005 wurden die 8 Thesen der AGU veröffentlicht um weitere MitstreiterInnen zur Mitarbeit bewegen zu können.

Dabei möchte die AGU bewusst nicht im eigenen PDS-Saft schwimmen, sondern hält einerseits die Mitgliedschaft in der AGU für Nicht-PDS-Mitglieder offen und versucht andererseits gezielt mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen zu arbeiten. Erste Gespräche gab es z.B. mit Studenten der Fachhochschule Eberswalde, dem Nabu Eberswalde, dem BUND Eberswalde und dem Energiespar-kontor Eberswalde.

Welche Themen spielten eine Rolle?

Ganz oben auf der „Beliebtheitskala“ landete das Thema Agro-Gentechnik. Diesem widmete sich die AGU bis zur Sommerpause und brachte neben einigen Zeitungsartikeln einen Antrag in die StVV Eberswalde ein. Überraschenderweise wurde dieser Antrag nicht nur von der eigenen Fraktion willkommen geheißen, sondern fand ebenso unter den Abgeordneten eine Mehrheit, so dass Eberswalde nun nach Leipzig die zweite ostdeutsche Kommune ist, welche sich selbst als *gentechnikfreie Kommune* bezeichnet. Des Weiteren werde alle Landwirte durch die StVV aufgefordert, sich zur gentechnikfreien Produktion zu bekennen und sich der Gentechnikfreien Zone Uckermark-Barnim anzuschließen.

Diese Initiative brachte freudige Zuschriften und Lob aus ganz Deutschland. Schließlich war dieser Antrag nicht, wie in vielen anderen Kommunen, von den Grünen gekommen – und dann auch oftmals wegen Gegenstimmen durch PDS-Abgeordnete gescheitert – sondern von einer Partei, welche man bisher nicht in der grünen Ecke vermutete.

Doch die AGU kümmerte sich nicht nur um Monsanto & Co (größter Produzent von gen-Kreis-AG und möchte dementsprechend auch in ganz Barnim aktiv werden.

Kontakt zur AGU

Haben Sie auch ein grünes Herz, obwohl Sie

technisch verändertem Saatgut). Weitere spannende Themen wollten bearbeitet werden: Feinstaubbelastung, Effektive Mikroorganismen, Permakultur, Streusalz und Verkehrskonzepte. Die Mitglieder der AGU verstehen ihre Arbeit diesbezüglich als Unterstützung für die Linkspartei-Fraktionen und -Gruppen im Landkreis Barnim und freuten sich daher, als der Stadtvorstand mit zwei konkreten Anfragen zum Flugplatz Finow und zur Telekomstraße anklopfte.

Neben den Diskussionen und der Vernetzung stand auch ein etwas praktischerer Teil auf dem Programm. Mitte September gab es eine von der AGU veranstaltete Exkursion in den Permakulturgarten von Eberswalde. Dort konnten Einblicke in komplexe landwirtschaftliche Zusammenhänge gewonnen werden.

Zum Ende des Jahres – als es draußen anfang kalt und ungemütlich zu werden – kam folgerichtig das Thema „Streusalz“ auf die Tagesordnung. Es gelang der AGU, den anerkannten Experten auf diesem Gebiet Rudolf Behm für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zudem konnten Verbindungen zu den Eberswalder Basisgruppen des Nabu und des BUND geknüpft werden. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten zum Thema „Streusalz“ steht eine umfassende und vielfältige Öffentlichkeitsarbeit. Erste Presseartikel erschienen in der Dezemberausgabe der Barnimer Bürgerpost. Leserbriefe an die lokale Tageszeitung (Märkische Oderzeitung) wurden bisher nicht gedruckt.

Quo vadis AGU?

Das erste Jahr hatte für die AGU schon reichlich Inhalte und Erfolge (Gentechnikantrag angenommen, ca. 15 – 20 Zeitungsartikel geschrieben) vorzuweisen. Im nächsten Jahr soll daran natürlich angeknüpft werden. Beispielsweise wird das Thema Agro-Gentechnik wieder eine große Rolle spielen.

Ein größerer Kreis von aktiven Mitstreitern – und vor Allem auch Mitstreiterinnen, denn diese haben sich bisher noch nicht dazugesellt – ist eins der Ziele für das Jahr 2006. Des Weiteren sollen geknüpfte Beziehungen intensiviert und mehr über den Bereich Eberswalde hinaus gearbeitet werden. Die AGU versteht sich als *ein Roter sind? Dann fühlen Sie sich bei uns sicherlich gut aufgehoben. Kommen Sie doch einfach mal vorbei! Infos bei Christian Rehmer: 03334-387628 oder Christian.Rehmer@web.de*

Schlüsseltexte wider die Wachstumsideologie

Marko Ferst

Band mit zentralen Aufsätzen des konservativen Umweltvordenkers Herbert Gruhl erschienen: Unter den Karawanen der Blinden. Schlüsseltexte, Interviews und Reden (1976-1993) (siehe Bücherecke)

Hanspeter Padrutt spricht davon, Herbert Gruhl wäre der Vater der Umweltbewegung in Deutschland. Dieser Gedanke ist nicht abwegig, soweit er auf Westdeutschland bezogen wird. Er ist der erste prominente Umweltpolitiker im deutschen Parlament. Sein Bestseller von 1975 „Ein Planet wird geplündert“ verkauft sich über 400 000-mal. Er plädiert dort für eine planetare ökologische Wende. Wir müssen von den Grenzen unserer Erde ausgehen und von daher unser Handeln bestimmen. Der Schwerpunkt seiner Kritik am bisherigen Wirtschaftssystem liegt auf den begrenzten Ressourcen, die in einer Wachstumsorgie geschichtlich beispiellosen Ausmaßes verschwendet werden. Jetzt gab Volker Kempf gesammelte Schlüsseltexte, Interviews und Reden des Philosophen und Umweltpolitikers heraus, die einen guten Überblick über sein Wirken ermöglichen - ein verdienstvolles Unterfangen. Leider ist der Band nicht ganz preiswert, doch der Weg zur Bibliothek lohnt.

Von 1975 bis 1977 war Herbert Gruhl Vorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz. Bis 1978 für die CDU im Bundestag, gründet er die „Grüne Aktion Zukunft“ und bestreitet zwei Jahre später zusammen mit Petra Kelly die Spitzenkandidatur für die junge grüne Partei. Mit 3,2% wird ein erster Achtungserfolg erreicht. Schon 1981 verlässt er aber die Grünen wieder. Aus den jetzt dokumentierten Texten kann man ersehen, dass ein zentraler Kritikpunkt an der Partei war, dass sie die Konsequenzen einer Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum nicht in ihre Programmatik und in ihr Handeln aufnahm. Er gründet die ÖDP, die er 1989 ebenfalls verlässt. Sodann konzentriert er sich auf sein letztes Werk: „Himmelfahrt ins Nichts“. Für seine Verdienste im Natur- und Umweltschutz erhielt er 1991 das Bundesverdienstkreuz von Monika Griefahn überreicht. Die CDU hielt er für industriegläubig, den langjährigen Parteichef Kohl für ökologisch ignorant und unsensibel.

Er argumentiert, wenn ein Rohstoff bei gleichbleibendem Verbrauch 1000 Jahre reicht, dann ist er bei 3 % Wachstumsrate nur noch für 171 Jahre verfügbar. Steigt dieser global jährlich um 6%, dann schrumpft die Spanne der Verfügbarkeit auf 71 Jahre – ein Menschleben. Ein Blick darauf, dass in den nächsten Jahren et-

wa die Nachfrage von Erdöl unter das lieferbare Angebot fallen wird, zeigt wie aktuell seine Argumentation ist. Er spricht sich gegen die Nutzung der unberechenbaren Atomenergie aus und warnt vor den Folgen der Klimakatastrophe.

Schon frühere Kulturen gingen unter oder die Gesellschaften mussten auswandern, weil sie die ökologischen Belastungsgrenzen ihrer Region überschritten hatten. Beim Untergang der Mayakulturen auf der Halbinsel Yucatan spielte neben Klimaveränderungen die zu hohe Bevölkerungsdichte und Reichtumsansammlung bei kleinen Machteliten eine wesentliche Rolle. Wenn jährlich 90 Millionen Menschen auf dem Erdball dazukommen, dann sollte man ernst nehmen, dass sich daraus Konsequenzen ergeben. Darauf wies Gruhl hin. Die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt stetig ab und die Bevölkerungsdichte ist Ursache Nummer eins, dass wir täglich 300-400 Tier- und Pflanzenarten verlieren, besonders im artenreichsten Refugium, den Regenwäldern. Bösartig wird ihm in diesem Kontext auch unfaire Argumentation gegen ausländische Bürger vorgeworfen. Dabei verteidigte er das deutsche Asylrecht noch, als die meisten Parteien darauf hinarbeiteten, es abzuschaffen.

In den letzten Texten von Herbert Gruhl vor seinem Tod 1993, sieht man, dass er die jetzige Zivilisation für unrettbar verloren hielt. Das komplexe Zusammenwirken von Klimaveränderungen und der Erosion von Ökosystemen spricht dafür - er könnte recht behalten. Es zeichnet sich ab, die Gesellschaften unterschätzen die nichtlinearen Wirkungen, viele Zerstörungsaspekte fallen nicht unmittelbar auf. Etwa, die viel zu späte Entdeckung des antarktischen Ozonlochs, die offizielle Wissenschaft erzählte damals noch, die Werte sind alle in Ordnung, könnte ein deutlicher Warnhinweis sein. Der Klimawandel ist bestenfalls abzubremsen, aber nicht mehr aufzuhalten. Der Schock für die Gesellschaften wird kommen, den Gruhl auf uns zukommen sah. Gewiss unterschätzt er die abfedernden Möglichkeiten einer vollständigen solaren Energiewende und ökologischer Effizienzsprünge. Der aktuelle Band zeigt auch bei den späten Texten, etwas im Gegensatz zu seinem letzten Buch, daß er gesellschaftliche Veränderung trotzdem für sinnvoll gehalten hat. Was aber wenn er recht behält und die Zivilisation in einen Zerfallsprozess übergeht? Es stellt sich die Frage, wie kann man die schlimmsten sozialen Verwerfungen mildern und verhindern, daß neuartige totalitäre Gesellschaftsformen entstehen können. Wir würden mit der Frage konfrontiert, wie

wir damit umgehen wollen, wenn Stück um Stück die bisherige Lebensordnung wegbricht. 40% der Nahrungsmittel der Menschheit werden in Trockengebieten angebaut. Im Zusammenspiel mit anderen Faktoren, wird das Opferraten geben, die einem das Herz stillstehen lassen. Die Botschaft Herbert Gruhls weiterzudenken, das wäre eine spannende, aber unbequeme Aufgabe.

Wovor man sich hüten muss im Ökologiebereich: Man darf nie unbesehen, was irgend jemand über jemanden sagt, vor allen Dingen in kritisierender Absicht, einfach so übernehmen. Das betrifft nicht nur Gruhl. Die Aussage, dass er Kriege in Kauf nehmen würde, wie in *tarantel* Nr.31 zu lesen, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Auch andere Punkte, die ihm rechtes Denken unterschieben, gehen völlig fehl. Man fin-

det solche Stellen im Werk nicht. Da argumentiert jemand sehr nüchtern und vorausschauend. Man kann sich an seinem konservativen Familienbild stören oder auch an anderen Einzelpunkten und wird von ihm keine sozialistische Perspektive erwarten dürfen. Allerdings gibt es wohl auch keinen Politiker, der so vehement auf die Unmöglichkeit eines grenzenlosen Wachstums verwiesen hat und diesbezüglich dürften Linke wie Oskar Lafontaine, Gregor Gysi u. v. a. noch erheblich Lernbedarf haben. Lesenswert sind von ihm auch die Bücher „Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende“ (1993) und „Das irdische Gleichgewicht. Ökologie unseres Daseins“ (1982).

siehe Bücherecke

Bücherecke

Jared Diamond

Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen

Die überwucherten Tempelruinen von Angkor Wat, die zerfallenden Pyramiden der Maya in Yucatan und die rätselhaften Moai-Statuen der Osterinsel – stille Zeugen einstmal blühender Kulturen, aber auch Mahnmale für heutige Gesellschaften. Der Untergang beginnt immer gleich: Klimakatastrophen, Raubbau an der Umwelt, rapides Bevölkerungswachstum, politische Fehleinschätzungen. Was versetzt unserer heutigen Welt den Todesstoß? Warum sind frühere Gesellschaften wie die Maya und Wikinger zugrunde gegangen, während andere sich behaupten konnten? Der Bestseller-Autor und Pulitzer-Preisträger und Jared Diamond geht diesen brennenden Fragen auf den Grund. Basierend auf neuesten Forschungen, zeigt er am Beispiel Chinas, Australiens und Afrikas, was wir tun müssen, um unseren eigenen Untergang zu vermeiden. Ganz Wissenschaftler benennt Diamond zunächst einmal fünf Faktoren, die beim Untergang einer Gesellschaft eine Rolle spielen können. Da wären zunächst Schäden, die der Umwelt unabsichtlich zugefügt werden. Als Zweites hebt Diamond Klimaveränderungen hervor. Weiterhin können feindliche Nachbarn ein Faktor der Zerstörung sein. Viertens: Die Hilfe freundlicher Nachbarn nimmt ab. Die fünfte und laut *Marko Ferst*

Umstellt. Sich umstellen. Politische, ökologische und spirituelle Gedichte

Die Gedichte des Autors gehören zu den provokativsten politischen Gedichten seit Erich Fried. Eine lebensnahe Mystik geht bei ihm fast nahtlos in radikale Gesellschaftskritik über.

Diamond wichtigste Frage lautet jedoch: Wie reagiert eine Gesellschaft auf ihre Probleme? Das Buch verbindet universale Geschichtskennntnisse mit kenntnisreicher Ökosystemanalyse. Jared Diamond, 1938 in Boston geboren, ist Professor für Geographie an der Universität von Kalifornien in Los Angeles. Für seine Arbeit auf dem Feld der Anthropologie und Genetik ist er vielfach ausgezeichnet worden. S. Fischer 2005, 704 S., 22,90 €

Jahrbuch Ökologie 2006

Ziel des von einem Autorenkollektiv herausgegebenen Jahrbuches ist es über die aktuelle ökologische Situation zu informieren und Analysen und Diskussionen zur staatlichen Umweltpolitik wiederzugeben bzw. anzuregen. Ebenso werden Perspektiven und Visionen für eine tragfähige Alternative im Umgang mit der Natur aufgezeigt und positive Alltagsbeispiele beschreiben. In den verschiedenen Beiträgen zu den einzelnen Kapiteln gehen die Autoren fassettenreich auf die unterschiedlichen Aspekte des jeweiligen Themas ein, so dass der Leser einen umfassenden Überblick über die Gesamthematik erhält. Das Jahrbuch Ökologie bleibt seinem selbst formulierten Anspruch treu, die aktuelle Umweltdiskussion wieder zu beleben und bietet ein reiches Panoptikum aus Information und Anregung.

Verlag C.H. Beck 2005, 288 S., 14,90 €

Er fragt nach einem Zeitalter, das über herkömmliche religiöse Vorstellungen hinausweist, schreibt über die Musik Arvo Pärts, nimmt uns mit in den wendländischen Widerstand gegen einen unbändigen Atomstaat. Darüber hinaus kritisiert er politische Zustände in den USA und in dem von China besetzten

Tibet. Unbequeme Fragen stellt er an die NATO-Länder zum Kosovokrieg und prangert die Strukturen an, die in weiten Teilen der Welt zu Verelendung führen. Die deutsche Einheit gerät in seinen Blick, und die Sorge um den Erhalt der ökologischen Gleichgewichte bleibt in vielen Passagen des Bandes überaus deutlich präsent. Liebesgedichte und Gedichte zu innerem Wachstum nehmen umfangreichen Raum ein. Die Erzählung „Der Freund und das Fensterkreuz“ schließt den Band ab.
Engelsdorfer Verlag 2005, 160 S., 11,20 €

Herbert Gruhl

**Unter den Karawanen der Blinden
Schlüsseltexte, Interviews und Reden
(1976-1993)**

(siehe auch S. 27)

Die gesammelten Schlüsseltexte, Interviews und Reden des Philosophen und Umweltpolitikers Herbert Gruhl (1921-1993) geben Zeugnis von seinem Denken und politischen Wirken in führenden Rollen der sich formierenden Ökologiebewegung und ihrer Parteien. Dabei wird zunächst Gruhls Umweltklassiker *Ein Planet wird geplündert* 30 Jahre nach seinem Erscheinen in Grundzügen authentisch in Erinnerung gerufen, dann durch weitere Aspekte ergänzt und in zeitgenössischen Interviews hinterfragt.

Peter Lang Wissenschaftsverlag, 275 S., 39,80 €

**Anti-Atom-Aktuell. Zeitung für die sofortige
Stilllegung aller Atomanlagen**

Die AAA ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen und enthält Berichte, Analysen & Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung. Sie erscheint am liebsten monatlich. Klappt aber nicht immer. Im letzten August z.B. organisierte die Staatsmacht mit fragwürdigen Argumenten eine Redaktionsdurchsuchung, Methoden die laut Grundgesetz eigentlich rechtswidrig sind. Wer mehr über die Aktivitäten zum Ausstieg aus der Atomkraft wissen will, wird hier kenntnisreiche Informationen finden.

<http://www.anti-atom-aktuell.de> - Vertrieb: Unter der Burg 43, 21339 Lüneburg, Tel. 04131-697036, Vertrieb@anti-atom-aktuell.de

Elmar Altvater

Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen

„Der Kapitalismus, davon bin ich ... überzeugt, kann nicht durch einen 'endogenen' Verfall zugrunde gehen; nur ein äußerer Stoß von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative könnte seinen Zusammenbruch bewirken...“

Dieses Wort des großen französischen Historikers Fernand Braudel begreift Elmar Altvater in seinem neuen Buch als Untersuchungsauftrag, als eine Herausforderung, der er in vier Schritten Rechnung trägt.

Zunächst stellt er die Entwicklungsdynamik von kapitalistischer Produktions- und Aneignungsweise in der Geschichte dar. Dabei geht es ihm auch um die Transformation der "geökonomischen" Globalisierung in einen "geopolitischen" neuen Imperialismus und um Ursachen und Folgen einer neuen historischen Allianz von marktgläubigem Neoliberalismus und auf militärische Macht setzenden Neokonservatismus.

Danach identifiziert er die "äußeren Anstöße von extremer Heftigkeit". Da kapitalistisches Wachstum wesentlich von fossiler und nuklearer Energie angetrieben wird, sind deren absehbare Begrenztheit und die desaströsen Folgen der Emissionen für die Natur des Planeten Erde ein Anstoß, der dem Kapitalismus wie wir ihn kennen, ein Ende bereiten kann.

Innere Widersprüche finden vor allem in den Krisen der Finanzmärkte ihren Ausdruck. Die globalen Finanzmärkte sind nicht nur höchst instabil, auf ihnen spekulieren innovative Fonds mit neuen Finanzinstrumenten, um extrem, ja absurd hohe Renditen für Geldvermögensbesitzer zu Lasten breiter Bevölkerungsmassen herauszuschlagen.

Man wird sich also angesichts dieser äußeren und inneren Grenzen des Kapitalismus (wie wir ihn kennen) auf die intellektuelle und zugleich politisch-praktische Suche nach den im Innern der Gesellschaft heranreifenden "glaubwürdigen Alternativen" machen müssen. - Und es gibt sie: die Ansätze der Praktizierung von Solidarität und Nachhaltigkeit überall in der Welt, besonders aber in den lateinamerikanischen Ländern, die von den Finanzkrisen des vergangenen Jahrzehnts hart in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der Autor zeigt, dass eine solidarische Ökonomie nur mit erneuerbarer Energie funktionieren wird und umgekehrt erneuerbare Energien nur dann breit angewendet werden können, wenn die Ökonomie solidarisch organisiert wird. Solidarität und Fairness verlangen eine neue Art der politischen Regulation auf lokaler, nationaler und globaler Ebene.

Zum Autor:

Elmar Altvater, Dr. oec. publ., geb. 1938, Professor für Politikwissenschaft an der FU-Berlin und Redaktionsmitglied PROKLA; zahlreiche Veröffentlichungen zur Frage der kapitalistischen Entwicklung, zur Staatstheorie, zur Entwicklungspolitik, Schuldenkrise und zum Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie; u.a. Der Preis des Wohlstands 1992; zusam

men mit Birgit Mahnkopf: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung 1993 und Grenzen der Globalisierung 1996, 4. völlig überarb. und erweiterte Auflage 1999, 6. Auflage 2004; sowie Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schwarzes Geld und informelle Politik 2002; Mitherausgeber von Vernetzt und verstrickt 1997
Westfälisches Dampfboot Münster 2005, 240 S., ISBN 3-89691-627-0, 14,90 €/SFR 26,80,

Marc Engelhardt, Markus Steigenberger (Hrsg.)

Konsum. Globalisierung Umwelt. Das Buch zum zweiten Kongress McPlanet.com

(siehe auch S. 13)

Autoren: Martin Khor/Sunita Narain/Lori Wallach/Manfred Max-Neef u. a.

VSA-Verlag Hamburg 2005, 192 S., zahlreiche Fotos, 12,80 €

Freude an der Arbeit lässt das Werk trefflich geraten.

Aristoteles

An unmöglichen Dingen soll man selten verzweifeln, an schweren nie.

Jean Girondoux

Die Regierung ist hauptsächlich eine kostspielige Organisation, die sich mit Übeltätern abgibt und die Leute besteuert, die sich ordentlich aufführen. Für die anständigen Menschen tut die Regierung ziemlich wenig - abgesehen davon, dass sie sie ärgert.

Edgar Watson Howe

Wer sich in der eigenen Gesellschaft nicht wohlfühlt, hat gewöhnlich ganz recht.

Coco Chanel

Es gibt viele Menschen, die sich einbilden, was sie erfahren, verstünden sie auch.

Johann Wolfgang von Goethe

Niemand ist nutzlos in dieser Welt, der einem anderen die Bürde leichter macht.

Charles Dickens

Hoffnung ist ein gutes Frühstück, aber ein schlechtes Abendbrot.

Francis Bacon

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papiausgaben der „tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. 0385/5888000, wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772485, Fax 030/22776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Lutz Heilmann, MdB, Tel. 030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772478, Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de

Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogasde@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der Linkspartei.PDS Brandenburg

Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de

Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de

Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com

Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230

Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)

Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16766 Kremmen, Tel. 033051/25709. erika-schulz@t-online.de

Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemopponentelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Lenenstr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de

Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen

Eckehard Jänicke, Eisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de

Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

Dr. Johanna-Scheringer-Wright, MdL, agrarpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de

Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)

Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform